

Neu gelesen: Gerda Lerner

Gerda Lerner, *Black Women in White America*, New York (Pantheon Books) 1972.

Für eine kritische Geschichtswissenschaft, die sich für komplexe Konstellationen von Ungleichheit und Differenz interessiert – in der vergangenen Dekade prominent unter dem *Buzzword* Intersektionalität diskutiert – und dabei antisemitismus- und rassismuskritische Perspektiven verflechtungsgeschichtlich verbinden möchte, bieten Leben und Werk Gerda Leners vielfältige Anknüpfungspunkte. Die 1920 in Wien geborene und 1939 aus dem nationalsozialistisch besetzten Europa in die USA entkommene Jüdin, Schriftstellerin, linke Aktivistin und spätere feministische Historikerin begründete in den 1960er Jahren maßgeblich die *Women's history* als geschichtswissenschaftliches Forschungsfeld mit und widmete dieser ihr Lebenswerk. Lerner gehörte zu jenen linken aschkenasischen jüdischen Intellektuellen und Aktivist:innen in den USA, die im *Civil Rights movement* aktiv waren. Zugleich war sie an der Entstehung und Etablierung der US-amerikanischen Schwarzen Frauengeschichte beteiligt. Statt die Geschichte (nicht-Schwarzer) jüdischer Frauen zu erforschen, arbeitete Lerner an der Sichtbarmachung der Geschichte (nicht-jüdischer) Schwarzer Frauen in den USA. Gerda Leners *Black Women in White America* lässt sich daher in die Geschichte intersektionalen feministischen Denkens einschreiben. Ihre erstmals 1972 erschienene Quellenanthologie *Black Women in White America* war eine der ersten *Documentary histories* zur Geschichte von *African American women* überhaupt und gehört in die Reihe der Pionierarbeiten zu Schwarzen Frauen von Roslyn Terborg Penn, Darlene

Clark Hine, Sharon Harley, Elsa Barkley Brown, Angela Davis und Evelyn Higginbotham.

Ob sich für den deutschsprachigen Raum von einer Relektüre von *Black Women in White America* sprechen lässt oder ob es nicht vielmehr mehrheitlich um ein erstmaliges Lesen geht, müsste rezeptionsgeschichtlich genauer untersucht werden. Zwar war Gerda Lerner, deren frühe programmatische Arbeiten zur *Women's history* für die Begründung und Institutionalisierung der deutschsprachigen historischen Frauenforschung eine maßgebliche Rolle spielten (etwa für Karin Hausen und Gisela Bock), in den 1970er bis 1990er Jahren auch in der deutschsprachigen Frauen- und Geschlechterforschung eine bekannte Figur. Doch waren es, abgesehen von diesen programmatischen Arbeiten, gerade ihre radikalfeministischen beziehungsweise nicht im engeren Sinne akademischen Arbeiten wie ihr international bekanntestes Buch *The Creation of Patriarchy* (1986) (*Die Entstehung des Patriarchats* (1991)) und *The Creation of Feminist Consciousness* (1993) (*Die Entstehung des feministischen Bewusstseins* (1995)), die in der deutschsprachigen autonomen Frauen- und Lesbenbewegung wie im akademischen Feminismus rezipiert wurden und Leners einseitige Rezeption als ›Radikalfeministin‹ begünstigten. Tatsächlich oszilliert Gerda Leners feministische Geschichtsschreibung zwischen einem post-marxistischen materialistischen Feminismus, ›Radikalfeminismus‹ und einem ›intersektionalen Feminismus‹ *avant la lettre* (Katrin Meyer), der sich vor allem in ihren dezidiert US-geschichtlichen Arbeiten entfaltet. Diese wurden zu großen Teilen nicht ins Deutsche übersetzt, weshalb eine Auseinandersetzung mit diesen Arbeiten einem kleineren Kreis von Wissenschaftler:innen der Nordamerikanischen Studien und

Geschichte vorbehalten geblieben sein dürfte. Dazu gehört Lerner erstmals 1967 erschienenenes akademisches ›Gesellenstück‹ zu den Schwestern Sarah Moore Grimké und Angelina Grimké aus South Carolina mit dem Titel *The Grimké Sisters from South Carolina. Pioneers for Woman's Rights [später Women's rights] and Abolition*; die Anfang des 19. Jahrhunderts als einzige weiße ›Südstaatenfrauen‹ aus einer Sklavenhalterfamilie in den Norden gingen, um sich den Abolitionist:innen und der Frauenwahlrechtsbewegung anzuschließen. Auch Lerner's Aufsätze zur Abolitionismusgeschichte und *African American Women's history* sowie ihre *Documentary history Black Women in White America* wurden nicht ins Deutsche übersetzt und daher im deutschsprachigen Raum kaum rezipiert.

In Lerner's intellektueller Denkbewegung bildet *Black Women in White America* einen entscheidenden Schritt, da sie hier von der Perspektive weißer feministischer Abolitionistinnen zu der von Schwarzen Frauen wechselt. Zudem beinhaltet das Buch eine systematische Auseinandersetzung mit dem Universalismus: »There is a place for universalistic interpretations of that which is common to all humanity, and there is a place for that which is particular to one group, to one special entity«, heißt es im Vorwort. »Our historical perceptions can only be enriched by accepting the fact that so long as sex and race are used to ascribe to people a different rank, role and status, so long will they have a different historical experience from that of the dominant group.«

Für *Black Women in White America* durchkämmte Lerner Quellensammlungen, Nachlässe, Archive und Bibliotheken und führte Interviews, unter anderem mit der Bürgerrechtlerin Ella Baker. Das Buch besteht aus drei Teilen, einem einleitenden Teil mit Vorbemerkungen, den kommentierten Quellenauszügen

sowie einem bibliographischen Kommentar, der zeigt, dass Lerner die zu diesem Zeitpunkt vorhandene Literatur von John Hope Franklin, W.E.B. DuBois, Carter G. Woodson, Herbert Gutman und anderen umfassend rezipiert hat. Ihre Quellenauswahl enthält eine Vielzahl von Quellengattungen und Textsorten wie Rechnungen, Korrespondenzen, *Slave narratives*, Egodokumente und Memoiren, Interviews, Zeitungsberichte, Zeugenaussagen, Verhörprotokolle und andere Gerichtsquellen sowie Berichte politischer Organisationen und Körperschaften, die eine Pluralität an Perspektiven eröffnen. Die über 160 Quellenauszüge aus eineinhalb Jahrhunderten (von 1811 bis 1971) widerlegen die bis dato übliche Behauptung, dass die mangelnde Geschichtsschreibung zu Schwarzen Frauen in den USA auf einen Mangel an Quellen zurückzuführen sei.

Insgesamt erscheint *Black Women in White America* mit der Bandbreite der vorgestellten Akteur:innen und Quellen als Echo der Frauenbefreiungs- wie der Black-Power-Bewegung. Unter den ausgewählten Quellenauszügen befinden sich die ersten ›intersektionalen Feministinnen‹ wie Sojourner Truth, Anna Julia Cooper, Mary Church Terrell, Ida B. Wells und Pauli Murray sowie zahlreiche unbekannte Frauen wie Elsie Johnson McDougald, Sozialarbeiterin und stellvertretende Schulleiterin in Harlem, Sabina Martinez, die Textilarbeiterinnen oder Dorothy Bolden, die Dienstbotinnen in Atlanta organisierte. Zudem integriert Lerner kritische zeitgenössische Stimmen zum Verhältnis von Schwarzen Frauen und der mehrheitlich weiß und *middle class* geprägten Frauenbefreiungsbewegung der 1970er Jahre und unterstreicht damit den zeitgenössischen politischen Einsatz des Bandes.

In den Band floss ihr dokumentarischer Blick ein, der sich aus der Zusam-

menarbeit mit ihrem Mann, einem Filmmacher und Filmeditor, ergab. Ferner zog sie Herbert Apthekers Quelledition (*A Documentary History of the Negro People in the United States* (1951)) zur afro-amerikanischen Geschichte als Vorlage heran. Wie Aptheker beabsichtigte Lerner, eine Vielzahl Schwarzer Stimmen zu repräsentieren. In Form einer Montage ordnete sie ihre Quellen thematisch in Kapiteln an und versah diese mit einleitenden Kommentaren. Die Auswahl der historisch-thematisch wie sozial- und alltagsgeschichtlich gegliederten Hauptkapitel reflektiert, Themen der Frauenrechts- und Frauenbildungsbewegung inkludierend, Sprache und Schwerpunkte des *Women's liberation movements* sowie *Black liberation movements* mit der Geschichte der Versklavung und *Jim Crow* im Zentrum. Dabei überblendet Lerner *African American history* gelegentlich mit Momenten der Shoah, etwa wenn sie Berichte über Lynchings mit der Überschrift »The final solution« versieht. Da sich die Holocaustforschung als eigenständiger Forschungszweig zum Zeitpunkt der Entstehung von *Black Women in White America* gerade erst herausbildete und auch der Erinnerungsdiskurs einer breiteren Öffentlichkeit zur Shoah erst Ende der 1970er einsetzte, lässt sich diese Überschrift als Echo von Lernaler eigener europäisch-jüdischer Erfahrung deuten. Dass diese weniger analytisch als sardonisch zu verstehen ist, kann aus Lernaler Deutung der Versklavung geschlossen werden, die bei aller Grausamkeit und Willkür nicht im Genozid bestanden habe: »American slavery was above all a labor system, designed to extract the maximum amount of profit from unwilling and dependent subjects. [...] On the other hand, the deeply ingrained racism in American culture, which designated Blacks not only as enslaved people but as inherently inferior because of their

race, tended to worsen the conditions of American slaves as the system advanced in time. The mutually reinforcing interplay of racism and economic motivation made the slave system increasingly oppressive.«

Dem Band stellt Lerner folgende Beobachtung Mary McLeods (1875-1955), einer der berühmtesten und einflussreichsten Pionierinnen und Führungsfiguren der Schwarzen Bürgerrechts- und Frauenbewegung, programmatisch voraus: »It seems almost paradoxical, but nevertheless true, that the history of women and the history of Negroes are, in the essential features of their struggle for status, quite parallel. In the first place, they have both inherited from the long past a traditional status which has restricted not only their activities, but their thinking with reference to the rest of life and with reference to themselves.« McLeod parallelisiert hier Charakteristika der Geschichte von Frauen und der *African American history* sowie ihres jeweiligen Kampfes um Emanzipation, die in ihrem »geerbten« inferioren Status bestünden, der nicht nur ihre Handlungen, sondern auch ihr Verhältnis zum übrigen Leben und zu sich selbst beschränkt hätte.

Im Vorwort, das gegen die damals gängigen rassistischen Mythen zur Geschichte Schwarzer Frauen wie etwa die Matriarchatsfigur anschreibt, begründet Lerner ihr Buch mit dem Umstand, dass Schwarze Frauen in der Geschichtswissenschaft doppelt viktimisiert und unsichtbar seien. Schwarze Frauen entwickelten daher im Allgemeinen ein größeres »race consciousness« als ein Bewusstsein für ihre Unterdrückung aufgrund ihres Geschlechts und seien mehr von rassistischer Unterdrückung betroffen als von ihrer Unterdrückung als Frauen. In Einklang mit Frances M. Beals »Double Jeopardy« (1969/1970) beschreibt sie dies als »doppelte Unter-

drückung«. Rassistische Unterdrückung und »sex oppression« operierten nicht auf der gleichen Ebene, sondern »sex oppression« operiere innerhalb einer rassistischen Struktur, wie sie in der sexuellen Ausbeutung Schwarzer Frauen durch weiße Männer ablesbar sei. Diese Gewalt sei strukturell, sie folge dem kolonialen Prinzip, die gesamte kolonisierte Gruppe als minderwertig zu markieren, indem die Frauen markiert würden. Diese Idee entstammte dem »Dritte-Welt-Feminismus« der 1960er und 1970er Jahre, der eine fundamentale Kritik an den blinden Flecken des hegemonialen westlichen (weißen, bürgerlichen) Feminismus der »zweiten Welle« formulierte. Er betrachtete die Überwindung von globaler Herrschaft (besonders Imperialismus und Kolonialismus) als notwendigen Teil des feministischen Kampfes gegen Rassismus, männliche Herrschaft und Kapitalismus und war von Dekolonisierungsaktivitäten inspiriert. Statt der Theoriebildung des »Westens« stellte der »Dritte-Welt-Feminismus« die Frauen des globalen Südens, ihr Wissen und ihre Erfahrung in ihren jeweiligen lokalen/nationalen Kontexten in den Mittelpunkt ihrer Kämpfe. Wie Cynthia A. Young gezeigt hat, inspirierten revolutionäre Akteure, die sich in Asien, Afrika, Lateinamerika und dem Nahen Osten in antikolonialen Kämpfen engagierten, besonders während der Zeit des Vietnamkriegs politische Strategien und Politiken der in den USA lebenden Linken of Color und führten zu solidarischen Allianzen mit Aktivist:innen des globalen Südens (Cynthia A. Young, *Soul Power: Culture, Radicalism, and the Making of a U.S. Third World Left*, Durham: Duke University Press, 2006).

Den Status Schwarzer Frauen begreift Lerner nicht allein als doppelte Unterdrückung, sondern sie lotet die Positionierung Schwarzer Frauen auch

historisch-spezifisch aus, indem sie zwischen unterschiedlichen Vergleichsgruppen, Schwarzen und weißen Frauen, unterscheidet. Ziehe man weiße Frauen als Vergleichsgröße heran, zeige sich heute beispielsweise, dass »work to them, unlike to white women, is not a liberating goal, but rather an imposed life-long necessity.«

Neben ihrer »intersektionalen« Differenzierung fällt auf, wie deutlich Lerner die Rolle von Autonomie und Selbstbestimmung Schwarzer Menschen bezogen auf ihre politische Befreiung wie die Interpretation ihrer Vergangenheit artikuliert: »Black people at this moment in history need above all to define themselves autonomously and to interpret their past, their present and their future. This applies to men and women and is a precondition for liberation as well as for any future solutions to the racial problem in the United States. Black people cannot and will not become integrated into American society on any terms but those of self-determination and autonomy.« Lerner übernimmt hier nicht nur einen politischen Standpunkt der Schwarzen Befreiungsbewegung, sondern kritisiert deutlich die Rolle der (zu diesem Zeitpunkt überwiegend männlichen) weißen Historiker und Wissenschaftler, deren rassistische Vorannahmen zur Verzerrung und Ausblendung Schwarzer Geschichte führten. Ein Blick auf die heutige akademische Wissenschaftsproduktion, -politik und -kultur der USA genügt, um zu sehen, wie viel sich im Feld der *Black American women's history* wie auch bezogen auf die gesellschaftliche Transformation der US-Gesellschaft in den vergangenen 50 Jahren getan hat.

Lerner weist jedoch auch die Vorstellung zurück, Schwarze Geschichte könne nur von Schwarzen Menschen geschrieben werden. Anzustreben sei vielmehr ein komplementäres Arbeiten und eine

lebendige Streit- und Debattenkultur, die zu einer reichhaltigen und solider begründeten Geschichtsschreibung führen würde. Die dahinter liegenden Debatten um die Legitimität von Sprechpositionen und historische Erfahrung als Eigentum erinnern unmittelbar an Konfliktkonstellationen der Gegenwart heutiger Leser:innen bzw. sind die historischen Erstbelege dieser Konflikte (erinnert sei an die Debatte, ob nicht-Braune/nicht-Schwarze Forscher:innen Intersektionalitätsforschung betreiben sollten oder die Frage, wer die Poesie der Schwarzen Amerikanerin Amanda Gorman übersetzen dürfe).

Es wäre müßig, *Black Women in White America* am Standard einer heutigen wissenschaftlichen Quelledition oder eines enzyklopädischen Nachschlagewerks wie etwa der mehrbändigen Enzyklopädie von Darlene Clark Hines *Black Women in America* zu messen. Auch das Vertrauen in die Unmittelbarkeit der Quellen, in die aus ihnen sprechenden authentischen Stimmen, sowie der darin zum Ausdruck kommende Erfahrungsbegriff – charakteristisch für viele, nicht nur feministische Forscher:innen vor dem Linguistic Turn – mutet heute naiv an. Maßgebliche Veränderungen haben zudem auf dem Gebiet des wissenschaftlichen Vokabulars stattgefunden. Sie betreffen unter anderem den Wandel der Selbstbezeichnungen von Schwarzen Menschen in den USA, auf den auch Gerda Lerner in ihren Arbeiten stets hingewiesen und den sie, nach dem jeweiligen Stand der Diskussion, berücksichtigt hat. In Leners 600 Seiten Anthologie kommen lediglich *African Americans* (nach aktuellem größtenteils akzeptiertem Sprachgebrauch) in den Blick. Demgegenüber wird unter Schwarzen Menschen in den USA heute ein breites Spektrum an Bevölkerungsgruppen, US-Amerikaner:innen und anderen in den USA lebenden Schwarzen Menschen, mit ihren unterschiedlichen

(trans-)regionalen Migrationsgeschichten und ethnischen, nationalen oder religiösen Herkunftten verstanden. Ferner wird deutlich, dass das Buch noch vor dem Aufkommen der derzeit so umkämpften *Critical Race Theory* verfasst wurde. Die einschlägige Analysekategorie lautet Rassismus, *white supremacy* ist als *terminus technicus* noch unbekannt. Erkennbar wird an *Black Women in White America* jedoch auch, wie wenig heutige Vorstellungen von einer differenzvergesenen und einer reinen Opfergeschichte aufgesessenen frühen historischen Frauenforschung mit der Praxis der Geschichtsschreibung einer Gerda Lerner zu tun haben. Gezielt betont die Autorin Agency, Widerstand und Würde Schwarzer Frauen, um den vielfältigen Formen ihrer Viktimisierung entgegenzuwirken. *Black Women in White America* war trotz seiner nicht nur nach gegenwärtigen Maßstäben vorhandenen Mängel ein Meilenstein der *US-Women's-* und *Black Women's history*, dessen Bedeutung als Türöffner für intersektionales geschlechtergeschichtliches Denken und Forschen kaum überschätzt werden kann.

Vera Kallenberg (Bielefeld)

History in Games

Martin Lorber/Felix Zimmermann (Hg.), *History in Games. Contingencies of an Authentic Past*, Bielefeld (transcript) 2020, 284 S., 35 €

Die immense Popularität digitaler Spiele lässt sich nicht nur an deren hohen Verkaufszahlen oder an statistischen Daten zum Anteil der digital spielenden Bevölkerung erkennen, sondern auch an der Fülle der kulturwissenschaftlichen Publikationen zu diesem Thema in den letzten Jahren. Der von Martin

Lorber und Felix Zimmermann herausgegebene Sammelband *History in Games. Contingencies of an Authentic Past* kann als eine Bestandsaufnahme der historisch arbeitenden Game Studies vor allem im deutschsprachigen Raum und eine Vermessung des Forschungsbereichs verstanden werden. Den Herausgebern ist es gelungen, einen Gutteil der bekanntesten Namen dieses Forschungsfeldes zu versammeln und eine sehr anschauliche Überblicksdarstellung unterschiedlicher Forschungsansätze und Themenschwerpunkte zusammenzustellen. Die Beiträge nähern sich dabei dem im Untertitel prominent platzierten Authentizitätsbegriff aus unterschiedlichen Richtungen und daher mit divergenten Perspektiven beziehungsweise Fragestellungen an. In vielen Beiträgen liest man zwar nicht immer bahnbrechend Neues – so manches wurde von denselben Autor:innen schon in ähnlicher Form an anderen Stellen veröffentlicht; in seiner Gesamtheit ist der Sammelband jedoch ein längst überfälliges Kompendium geschichtswissenschaftlicher Auseinandersetzung mit digitalen Spielen.

Mit dem populären Begriff der »Authentizität« steht ein Schlagwort im Zentrum, das sowohl von Seiten der Produzent:innen wie auch Rezipient:innen digitaler Spiele zwar immer wieder benutzt wird, das in vielerlei Hinsicht jedoch einen »Passepartoutbegriff« im Sinne Umberto Ecos darstellt. Also ein Wort »ohne eigentliche terminologische Schärfe«, das so schwammig und vieldeutig verwendet wird, dass ein jeder oder eine jede damit anfangen kann, was er oder sie will. Im vorliegenden Sammelband wird nun versucht, etwas mehr Klarheit in dieses Begriffswirrwarr zu bringen und zu definieren, was unter Authentizität verstanden werden kann, wie es als Gefühl und Atmosphäre hergestellt und wahrgenommen wird und wie es

aus kulturwissenschaftlicher Perspektive analysiert werden kann. Dies gelingt grundsätzlich sehr gut, auch wenn – für einen Sammelband ja durchaus üblich – von den verschiedenen Autor:innen unterschiedliche Zugänge und Fragestellungen gewählt werden.

Umso wichtiger ist daher die ausgesprochen konzise Einleitung von Felix Zimmermann selbst. Er wiederholt darin das für die historisch arbeitenden Game Studies mittlerweile essentielle Credo, dass es in der geschichtswissenschaftlichen Auseinandersetzung mit digitalen Spielen nicht darum gehen kann, wo das Spiel irrt, also etwas historisch nicht »akkurat« darstellt, und wo kluge (da wissenschaftlich gebildete) Historiker:innen recht haben, weil sie die »wahren« Fakten kennen. Vielmehr sei es die Aufgabe rezenter Game Studies zu analysieren, wie in digitalen Spielen Authentizität als das Gefühl, dass die Vergangenheit richtig dargestellt ist, vermittelt wird. Die Vehemenz, mit der Zimmermann hier argumentiert, amüsiert insofern ein wenig, als dass die zentrale Grundposition von praktisch allen Beiträger:innen in sehr ähnlicher Form wiederholt wird. Dies erlaubt die Frage, ob hier nicht sowieso ein *preaching to the converted* stattfindet – immerhin lassen sich kaum noch wissenschaftliche Untersuchungen finden, in denen grundlegend anders gearbeitet wird. Der Akkuratess-Fetischismus gehört zumindest in wissenschaftlichen Untersuchungen längst selbst der Vergangenheit an, und wer dem immer noch anhängt, wird sich von einer weiteren fachwissenschaftlichen Veröffentlichung wohl kaum überzeugen lassen.

Das Buch gliedert sich in insgesamt drei Schwerpunkte mit jeweils vier Einzelbeiträgen, die sich vom Allgemeinen hin zum Speziellen orientieren. Der erste Abschnitt »History as Told by the Game« kann als theoriebildende Annäherung

an Geschichte in digitalen Spielen per se verstanden werden und stellt somit eine weitere Einführung in das Grundthema dar: Angela Schwarz schlägt in ihrem Beitrag eine Einteilung in drei Kategorien vor, innerhalb derer sich die Verwendung von Geschichte in digitalen Spielen verorten lässt: Quarry, Playground und Brand. Eugen Pfister rückt in seinem Artikel den politischen Mythos ins Zentrum und analysiert dabei mit einem ideologiekritischen Fokus, welche Funktion Geschichte in digitalen Spielen erfüllt. Nico Nolden interessiert sich aus der Perspektive der Public History für die Rolle der Spieler:innen bei der Konstruktion kollektiver Gedächtnisse. Den Abschluss des Themenblocks macht dann schließlich Rüdiger Brandis. Er greift die bereits von Schwarz beobachtete geschichtstheoretische Nähe digitaler Spiele zum Historismus des 19. Jahrhunderts einmal mehr auf und überlegt, wie sich dies mit deren Interaktivität vereinbaren lässt.

Der zweite Teil »Authenticity in and of History« geht noch stärker als die Beiträge im Block davor auf den Kernbegriff des Bandes »Authentizität« ein und dekonstruiert unterschiedliche Techniken beziehungsweise Elemente, mit denen in digitalen Spielen versucht wird, bei den Spieler:innen ein Gefühl von historischer Authentizität zu erzeugen. Auch am Beginn dieses Abschnitts steht ein Text von Angela Schwarz, in dem erneut eine Kategorisierung vorgeschlagen wird: Eine Einteilung in vier Techniken der Konstruktion von Authentizität. Andrew B.R. Eliot und Mike Horswell untersuchen im darauf folgenden Beitrag die Darstellung der mittelalterlichen Kreuzzüge in digitalen Spielen und zeigen, dass sich diese stark an populären Vorstellungen in anderen Medien orientieren. Einen ausgesprochen spannenden und auf den ersten Blick exotischen Verhandlungsspielraum greift Andra Ivănescu auf und

erklärt, wie das Genre des musikalischen »Mixtapes« im Spiel *Metal Gear Solid V: The Phantom Pain* Authentizität vermitteln soll. Im letzten Beitrag des Abschnitts interessiert sich Lara Keilbart für queere Repräsentationen in digitalen Spielen und verortet diese in der Frage nach historischer Authentizität.

Im Fokus des dritten und letzten Teils des Sammelbandes, »The Politics of Authenticity«, stehen dann abschließend die Spieler:innen selbst. Im ersten Beitrag analysiert Aurelia Brandenburg Forenbeiträge zu *The Witcher 3: Wild Hunt* und zeichnet diskursanalytisch nach, wie dort Rassismus- und Sexismusvorwürfe diskutiert werden. Tobias Winnerling greift in seinem Artikel das Phänomen auf, dass in den Debatten rund um die ausgesprochen erfolgreiche *Anno*-Serie zwar sehr viel darüber diskutiert wird, ob diese Spiele die wirtschaftlichen Prozesse akkurat darstellen, aber nur sehr wenig über deren kolonialistischen Aspekte. Angus A. A. Mol stellt das Projekt *RoMein-craft* in das Zentrum seines Beitrags und denkt theoriegeleitet darüber nach, wie in diesem Beispiel Authentizität und deren bewusste Störung verhandelt wird. Dieser Perspektivenwechsel, weg von den medialen Bedeutungsangeboten, hin zu deren Rezipient:innen, ist ausgesprochen interessant. Verwunderlich ist allerdings, dass ausgerechnet im letzten Beitrag des Sammelbandes – jenem von Jörg Friedrich – eben jener historische Wahrheitsgehalt digitaler Spiele, der zuvor über fast 300 Seiten hinweg zu Grabe getragen wurde, plötzlich wieder durch die Hintertür zurückkommt, wenn er fordert, dass digitale Spiele die Dinge darstellen müssten »the way they happened«.

Insgesamt ist Martin Lorber und Felix Zimmermann mit dem vorliegenden Band eine ausgesprochen konzise und überzeugende Überblicksdarstellung zum Umgang mit Geschichte in digitalen Spielen

im Allgemeinen und dem Authentizitätsbegriff im Speziellen gelungen. Den einzelnen Beiträgen ist dabei die *Conclusio* gemein, dass »Authentizität« etwas Wahrgenommenes und somit Produkt einer Zuschreibung ist, also durch den Akt der Authentifizierung durch den Rezipienten oder die Rezipientin überhaupt erst erzeugt wird und somit abhängig ist von deren Enkulturation und Erwartungshaltungen.

Martin Tschiggerl (Saarbrücken/Homburg)

Koloniale Verbindungen – transkulturelle Erinnerungstopografien

Albert Gouaffo/Stefanie Michels (Hg.), *Koloniale Verbindungen – transkulturelle Erinnerungstopografien. Das Rheinland in Deutschland und das Grasland Kameruns (Histoire; Bd. 145), Bielefeld (transcript) 2019, 243 S., 35 €*

Das Interesse an der Erforschung von Vernetzungen, Verstrickungen und Fernwirkungen des deutschen Kolonialismus hat in letzter Zeit markant zugenommen und, wie die mitunter scharf geführten Debatten um postkoloniale Reichweiten, Sprachregelungen und Deutungsansprüche zeigen, auch die breitere Öffentlichkeit erreicht. Die gestiegene Aufmerksamkeit für Deutschlands koloniale Vergangenheit beziehungsweise deren postkoloniale Implikationen transportiert per se allerdings noch keinen Paradigmenwechsel, der die Wechselwirkungen dieser gemeinsamen, aber problematischen Geschichte (ehemaliger) Kolonisierer und Kolonisierter neu justieren würde. An diesem Desiderat knüpft die vorliegende, aus einer transdisziplinären Kooperation hervorgegangene Publikation an. Im Rahmen des vom In-

stitut für Geschichtswissenschaften der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf und dem *Département des Langues Étrangères Appliquées* der Universität von Dschang initiierten Projekts sind Lehrende und Studierende der Geschichte, Germanistik, Medien- und Kulturwissenschaften zwischen 2015 und 2018 der deutsch-kamerunischen Beziehungs- und Verflechtungsgeschichte durch das Prisma erinnerungskultureller Prozesse gemeinsam auf den Grund gegangen.

Das Forschungsdesign orientiert sich an der Zielstellung, so einleitend Albert Gouaffo und Stefanie Michels, die wechselseitigen Verbindungen von (ehemaliger) Metropole und Kolonie in diachroner wie synchroner Perspektive auszuleuchten. Dabei will der Band sowohl der Vielmehrheit der Reminiszenzen an die deutsche Kolonialzeit in Kamerun als auch den von Gedächtnisträgern beiderseits – gesellschaftlichen Akteursgruppen in Düsseldorf und Dschang beziehungsweise dem deutschen Rheinland und kamerunischen Grasland – geschaffenen Interaktionsräumen Rechnung tragen. Damit greift das Buch die seit Längerem von der historischen Afrikaforschung geübte Kritik am methodologischen Unvermögen nationalstaatlich, aber auch globalgeschichtlich gerahmter Großerzählungen auf, über binär konstruierte Täter-Opfer-Schemata und monolithische Großgruppenkonstruktionen hinaus zu gelangen. Damit werde die Asymmetrie der kolonialen Situation insofern absolut gesetzt, so Gouaffo und Michels, als die zwar ungleich verteilten, aber einander überformenden Handlungspotenziale von Kolonisierern und Kolonisierten ausgeblendet blieben.

Wie sich das Projekt dieser Herausforderungen in methodologisch-konzeptioneller und empirischer Hinsicht angenommen hat, dokumentieren die im Band versammelten zehn Beiträge

in unterschiedlicher Weise und Erklärungstiefe. In Anbetracht der heterogenen Fülle der erhobenen Materialien und der Methodenvielfalt – Befragungen von Passant*innen und qualitative Interviewforschung, geschichtswissenschaftliche und erinnerungsgeschichtliche Rekonstruktionen, sprach-, literatur- und medienwissenschaftliche Analysen – ist die herausgeberische Entscheidung zu begrüßen, die Beiträge unter drei »thematische Achsen« zu gruppieren: »Regionen und Welten«, »koloniale Verbindungen« und »Erinnerung – transkulturell und transdisziplinär«. Dem erklärten Anliegen des Forschungsteams, »empirisch dichte und produktive Begriffsarbeit« zu leisten, entspricht auch die Binnengliederung der drei Sektionen: Beiträgen, die in der Art von Forschungsberichten den (Zwischen-)Stand einzelner Untersuchungen präsentieren, wurden programmatische beziehungsweise konzeptionell weiterführende Aufsätze an die Seite gestellt. Im Folgenden wird allein die letztgenannte Gruppe von Beiträgen ausführlicher besprochen.

Als methodologische Klammer des Forschungsprogramms fungiert die *histoire croisée* (Werner und Zimmermann). Sie wird mit dem vor allem von Stefanie Michels in verschiedenen Publikationen klug operationalisierten Konzept der Gedächtnistopografien verknüpft, um Akteur*innen, Topoi, Modi und Medien zu untersuchen, welche die vielgestaltigen Erinnerungsrepertoires der kamerunisch-deutschen Kolonialverbindungen strukturieren und sie zu transkulturellen *Memory Rooms* verdichten. Wie die beiden Ansätze miteinander verzahnt wurden, bleibt allerdings ungeklärt. Gleiches gilt für die Beziehung zwischen Gedächtnistopographien und dem Konzept der »kolonialen Aphasie«, das die Historikerin Britta Schilling ihrer Untersuchung widerstreitender Erinnerungsdiskurse zu

Person und Wirken Hermann von Wissmanns zugrunde legt.

Schilling setzt einen wichtigen Kontrapunkt zum häufig bemühten Paradigma kolonialer Geschichtsvergessenheit (Amnesie) auf deutscher Seite. In Anlehnung an Ann Laura Stoler (2011) diagnostiziert sie ein komplexes Gemisch aus Erinnern und Vergessen, das sowohl durch diachrone Phasenverschiebungen und ein ambivalentes Nebeneinander fragmentarischer – persönlich, lokal, regional und (inter-)national gerahmter – Erinnerungsschichten als auch durch eine die angemessene Artikulation des kolonialen Vergangenheitsbezugs blockierende Sprachstörung gekennzeichnet ist. Schilling plädiert dafür, dem »Verhältnis zwischen kolonialer Vergangenheit und lokaler Gegenwart« mittels einer relationalen Forschung auf den Grund zu gehen, die sich der »historische[n] Momente der Erinnerung« ebenso kritisch vergewissert wie des Vokabulars ihrer sprachlichen Vergegenwärtigung.

Die damit gemeinte Gemengelage von »Stimmen«, »Grauzonen« und »Nuancen« in ihren intermedialen Bezügen adressiert Richard Tsogang Fossi in seiner eindrücklichen Studie zur transnationalen Männerfreundschaft des Düsseldorfer Kolonialakteurs Eugen Zintgraff mit dem Herrscher von Bali, Galega. Aus verschiedenen Versionen dieses in Kamerun recht verbreiteten, in oralen, literarischen, filmischen und musealen Verarbeitungen zirkulierenden »Erinnerungsnarrativs« präpariert Fossi eine aus »beidseitige[m] hegemoniale[m] Kalkül« gespeiste *Liaison* heraus, die ihm zufolge zum Stoff einer »alternative[n] Kolonialgeschichte« zwischen Rhein- und Grasland geworden ist.

Die von Fossi akzentuierte Signifikanz lokaler und regionaler Akteurschaft für die Produktion kolonialer Erinnerungsorte wird im Abschnitt »Regionen

und Welten« aus der Perspektive einer raumbezogenen Sozial- und Kulturforschung wieder aufgegriffen. So diskutiert Jasmin Grande in ihrem Beitrag zur »Moderne im Rheinland« das Mesokonzept der Region als über die politisch-institutionelle Verfasstheit von Räumen hinausweisende »fluide«, das heißt durch Akteurshandeln und binnen- wie transregionale Transferprozesse generierte, kultur- und sozialräumliche Referenzeinheit. Die von Grande betonten methodologischen Desiderate zur vergleichenden Forschung und Historisierung von Raumbezügen greift Stefanie Michels in ihrer historischen Bestandsaufnahme »Düsseldorf und die Welt« auf, in der sie die kolonialen Verbindungen der Stadt und des Rheinlands mit Afrika und Asien im 19. und 20. Jahrhundert unter drei für die Region spezifischen Merkmale bündelt: den »Markt«, die »Ausstellung« und den »Kriegsschauplatz«. Düsseldorf sei zwar, so Michels Befund, im Vergleich zu deutschen Kolonialmetropolen durch eine sekundäre und fragmentierte, darum jedoch nicht weniger in imperial gerahmte Austauschbeziehungen verwobene koloniale Vergangenheit gekennzeichnet, welche allenthalben Spuren im Weichbild der Stadt hinterlassen habe.

Albert Gouaffo widmet sich den Reisetagebüchern, Fotografien und Zeichnungen Marie Pauline Thorbeckes, die von 1911 bis 1913 ihren Ehemann auf einer Expedition ins Grasland begleitete – einer von insgesamt vier Beiträgen im Band, die sich mit dem reichhaltigen text-, bild- und objektbezogenen Nachlass dieses Forscherehepaars befassen. Er unterstreicht den hohen dokumentarischen Stellenwert dieser Zeugnisse aus dem Archiv kolonialer Wissensproduktion und -vermittlung für eine »interkulturelle koloniale Geschichtsaufarbeitung« des Graslandes und schließt mit der Forderung, deutsche Koloniallite-

ratur in den Kanon der kamerunischen Nationalliteratur aufzunehmen.

Insgesamt betrachtet ist es den Autor*innen dieses Bandes sehr gut gelungen, den Zielhorizont einer (post-)kolonialen *histoire croisée* im Hinblick auf erinnerungsgeschichtliche und -kulturelle Prozesse weiter aufzuspannen. In diesem Zusammenhang ist allerdings eine konzise Diskussion und stringente Zusammenführung der – in der Einleitung nur kursorisch gestreiften – theoretisch-konzeptionellen Zugänge zu vermissen. Nichtsdestoweniger bietet diese Publikation gerade wegen ihres Werkstattcharakters informative und forschungsgesättigte Anregungen zu Chancen und Herausforderungen sowie der praktischen Umsetzung einer transdisziplinär und transregional verschränkten Erforschung des Umgangs mit kolonialer Vergangenheit und ihren postkolonialen Implikationen.

Brigitte Reinwald (Hannover)

Eine politische Kulturgeschichte des Selbst im 20. Jahrhundert

Tilman Siebeneichner (Hg.), »Selbstentwürfe«. Neue Perspektiven auf die politische Kulturgeschichte des Selbst im 20. Jahrhundert (Veröffentlichungen des Zeitgeschichtlichen Arbeitskreises Niedersachsen; Bd. 34), Göttingen (Wallstein) 2021, 190 S., 24,90 €

Der zu besprechende Band geht auf eine Tagung des Zeitgeschichtlichen Arbeitskreises Niedersachsen (ZAKN) zurück, die 2016 zu Ehren seines vormaligen Leiters Bernd Weisbrod ausgerichtet wurde. Obschon der regionale Zuschnitt es nicht unmittelbar erwarten lässt, hat sich der ZAKN – nicht zuletzt dank Weisbrods

Zutun – zu einem der innovativsten Diskussionszusammenhänge der bundesdeutschen Zeitgeschichtsschreibung entwickelt. Das kommt ebenfalls in dieser Veröffentlichung zum Ausdruck, die sich einer politischen Kulturgeschichte des Subjekts widmet.

In der Einleitung wirbt der Herausgeber Tilmann Siebeneichner für einen breit gefassten Subjektbegriff, der die historische Offenheit des Selbst betone sowie dem interdisziplinären Charakter der Forschung entspreche. Im Unterschied zu spezifischen Konzepten des Selbst werde dadurch zudem dessen Vielgestaltigkeit heuristisch akzentuiert. Mithin komme es darauf an, das Subjekt nicht bloß als passives Objekt von Herrschaft zu begreifen, sondern seine aktive Rolle bei der (Mit-)Gestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse in den Blick zu nehmen. In Abgrenzung von einer »Zeitgeschichte des Selbst«, womit nicht zuletzt der gleichnamige, von Pascal Eitler und dem Rezensenten herausgegebene, Sammelband gemeint ist, plädiert Siebeneichner für eine Vergrößerung des zeitlichen Fokus von den »langen« 1970er Jahren auf das gesamte 20. Jahrhundert. Damit verbunden ist ein weiterer Kritikpunkt. Historische Studien zum Selbst befassten sich zumeist mit Themen wie Sexualität und Therapeutisierung. Dagegen spielt Siebeneichner – ohne es explizit zu sagen – die Relevanzkarte aus und schlägt vor, den Fokus auf das Politische sowie auf Gewalt zu legen. Davon verspricht er sich, stärker an etablierte Forschungsbereiche und Fragestellungen anzuknüpfen und den Nutzen subjektivierungsgeschichtlicher Zugänge für das Verständnis des 20. Jahrhunderts unter Beweis zu stellen. Demgemäß seien die acht Beiträge als Interventionen in ein dynamisches Forschungsfeld zu sehen. Im Folgenden werden zunächst die einzelnen Beiträge kurz vorgestellt und danach der Ansatz diskutiert.

Im ersten Teil *Professionalisierung und Politisierung* wird zwei Intellektuellenbiographien nachgespürt. Kerstin Thierler setzt sich kritisch mit dem Historiker Percy Ernst Schramm auseinander, dessen professionelle Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus in scharfem Kontrast stand zur ausgebliebenen »Aufarbeitung« seiner persönlichen Lebensgeschichte im »Dritten Reich«, womit er sich gleichwohl gut eingefügt habe in den vergangenheitspolitischen Konsens der frühen BRD. In verschiedenerlei Hinsicht bildete der von Philipp Kufferath porträtierte Politikwissenschaftler Peter von Oertzen einen Gegenentwurf. Oertzen hatte sich unter dem Eindruck des Krieges von der NS-Ideologie abgewandt und sich später der SPD angeschlossen. Seine Laufbahn als Universitätswissenschaftler und Landespolitiker, die ihn bis in das Amt des niedersächsischen Kultusministers bringen sollte, habe indes situative Rollenwechsel verlangt. Kraft permanenter, ostentativer Selbstreflexion sei es Oertzen gelungen, sein Identitätskonzept des »eigensinnigen Intellektuellen« aufrechtzuerhalten.

Unter dem Titel *Materialität und Materialisierung* wird im zweiten Teil die Bedeutung von Objekten in Museen und Gedenkstätten erörtert. Juliane Haubold-Stolle erinnert daran, dass Dinge Instrument und Ausdruck von Subjektivierung sind. Gerade Objekte der Alltagskultur böten sich an, um in Ausstellungen die Historizität von Selbstentwürfen zu thematisieren. Da sie zudem die Besucher:innen emotionaler und unmittelbarer ansprechen würden als Texte, ergebe sich für historische Museen zugleich die Chance, ein nicht-bildungsbürgerliches Publikum zu erreichen. Jens-Christian Wagner wendet sich Selbstzeugnissen von KZ-Häftlingen zu, genauer gesagt Wandmalereien und Porträtzeichnungen. Diese hätten ihnen dazu gedient,

sich gegen die Entindividualisierung durch die SS zu wehren. Angesichts der seit den 1990er Jahren dominierenden Darstellung der Häftlinge als passive Opfer beleuchteten derlei Selbstzeugnisse ihre aktive Selbstbehauptung, worin ein handlungsorientiertes didaktisches Potenzial liege.

Die Beiträge in Teil drei befassen sich mit *Optimierung und Moralisierung*. Maik Tändler greift die Frage auf, inwiefern die gegenkulturellen Bewegungen der 1970er Jahre zum Aufstieg des Neoliberalismus beigetragen haben. Zur Beantwortung richtet er den Blick auf den »Psycho-boom« und dessen Folgen. So habe sich die Therapeutisierung sowohl anschlussfähig erwiesen an linksalternative Vorstellungen von Selbstverwirklichung als auch an ökonomisch induzierte Formen der Selbstoptimierung. Allerdings bedürfe es weiterer Forschung, um zu einem differenzierten Bild zu gelangen, das aus Konvergenzen nicht vorschnell auf Kausalitäten schließe. Benjamin Möckel untersucht in seinem Beitrag ethische Konsumpraktiken in Westdeutschland und Großbritannien von den 1960er bis in die 1980er Jahre. Ausgehend vom Konzept des »moral selving« zeigt er eindrucklich, dass es sich hierbei eher um eine Fortführung denn einen Bruch mit etablierten Formen individueller Selbstinszenierung qua Konsum gehandelt hat, die sich einer simplen Dichotomie wie Konsumentendisziplinierung versus Konsumentenmacht entzögen.

Die Autoren des vierten Teils widmen sich dem Zusammenhang von *Gemeinschaft und Gewalt*. Tilmann Siebeneichner betrachtet die Selbstinszenierung britischer Söldner in autobiographischen Schriften seit den 1960er Jahren. Vor dem Hintergrund der globalen Renaissance des Söldnerwesens im Zuge des »War on Terror« fragt er nach der Bedeutung von Gewalt im paramilitärischen Milieu

sowie nach ihrer Legitimation durch die Akteure selbst. Das Ausüben ebenso wie das Aushalten von Gewalt habe den Kern einer »warrior masculinity« gebildet. Zugleich habe man sich durch das Insistieren auf der eigenen Professionalität beim Töten von einer exzessiven Gewaltanwendung distanziert. Im letzten und mit Abstand längsten Beitrag erörtert Habbo Knoch die Metapher der »Kälte« im Werk von Theodor Adorno. Dafür zeichnet er ihre Verwendung in der Kulturkritik der Jahrhundertwende und bis in die 1950er Jahre nach. Habe sie für Adorno anfangs nur eine geringe Bedeutung gehabt, sei sie im Spätwerk in das Zentrum seines Denkens gerückt. Der Begriff der »bürgerlichen Kälte« habe Adorno in den 1960er Jahren dazu gedient, Auschwitz als Umschlag der Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft in das absolut Negative zu begreifen und so in Einklang mit seiner post-marxistischen Gesellschaftstheorie zu bringen. Abschließend diskutiert Knoch, wie Adornos Theorie sich zu Befunden der NS-Täter:innenforschung verhält.

Wenngleich die gut lesbaren Beiträge die Spannweite an potenziellen Gegenständen und Fragestellungen einer Geschichte des Selbst nachhaltig vor Augen führen, überzeugt der Sammelband insgesamt nur bedingt. So kann bloß bei einem Teil der Texte von historischer Subjektivierungsforschung die Rede sein, vor allem bei Tändler und Möckel. Bei anderen handelt es sich hingegen um biographische Studien oder um ideengeschichtliche Abhandlungen zur Subjektphilosophie. Das allein sagt zwar noch nichts über ihre Qualität aus, dennoch verwundert es, dass dieser Umstand an keiner Stelle reflektiert wird. Generell greifen die Autor:innen die konzeptionellen Überlegungen des Herausgebers kaum auf, was zugegebenermaßen für einen Tagungsband mit

Festschriftcharakter nichts Ungewöhnliches ist. Allerdings lässt sich nach der Lektüre schwerlich sagen, wie weit der Ansatz einer politischen Kulturgeschichte des Selbst trägt und worin er sich von konkurrierenden Ansätzen unterscheidet. Zunächst einmal fällt auf, dass sich trotz gegenläufiger Programmatik das Gros der Beiträge mit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts befasst. Ohne einer zeitlichen Beschränkung das Wort reden zu wollen, scheint das forschungspragmatisch durchaus plausibel. Zum einen wurde Individualität ab den 1960er Jahren zur gesellschaftlichen Norm und dementsprechend breit thematisiert, zum anderen kann man dank der schon existierenden Forschung auf empirisches Wissen aufbauen und sich an etablierten Thesen abarbeiten, was bei früheren Epochen noch nicht in demselben Maß der Fall ist. Des Weiteren beschäftigen sich zwar alle Beiträge in unterschiedlichster Weise mit dem Politischen. Dabei unterscheiden sie sich jedoch nicht grundlegend von bisherigen Arbeiten zum Selbst, die dem Politischen genauso in der Therapeutisierung oder in der Sexualität nachspüren. Vielmehr wird an der Einleitung deutlich, dass sich in der Geschichte des Selbst zwei divergierende Ansätze herauskristallisieren, die sich weniger in theoretischer oder methodischer Hinsicht unterscheiden, sondern primär an der Frage des Verhältnisses zur allgemeinen Geschichtswissenschaft entzweien: Der eine Ansatz favorisiert eine kulturgeschichtliche, auf die Ebene der Repräsentation begrenzte Perspektive, die sich vornehmlich an Themen und Fragestellungen der Politik- und Gesellschaftsgeschichte orientiert. Zweifels- ohne erhöht das die Anschlussfähigkeit, aber häufig um den Preis (subjekt-)theoretischer Inkonsistenzen. Der andere Ansatz nimmt erklärtermaßen eine post-strukturalistische Perspektive ein, die

stärker nach den Effekten von Macht auf das Selbst fragt und dabei auf Performativität und Materialisierung abhebt. Wenngleich sie mitunter weniger anschlussfähig erscheint, kann der Nutzen einer historischen Subjektivierungsforschung ebenso darin liegen, zu irritieren, neue Themen und Fragestellungen zu generieren, und dergestalt unser Verständnis des 20. Jahrhunderts zu bereichern. Unabhängig davon, welchen Standpunkt man einnimmt, ist eine solche Ausdifferenzierung des Forschungsfeldes als Anzeichen für seine fortschreitende Etablierung zu begrüßen.

Jens Elberfeld (Halle)

Ein mikrohistorischer Streifzug durch Europas Norden der Frühen Neuzeit

Martin Schaad, Der Hochverrat des Amtmanns Povel Juel. Ein mikrohistorischer Streifzug durch Europas Norden der Frühen Neuzeit, Bielefeld (transcript) 2020, 252 S., 39 €

In seiner mikrohistorischen Studie zu einem Rechtsfall aus dem Jahr 1723 beschreibt Martin Schaad die Verurteilung und Hinrichtung des wegen Hochverrats angeklagten Amtmanns Povel Juel in Kopenhagen. Schaad untersucht den Fall aus einer Vielzahl von unterschiedlichen Perspektiven und unter Verwendung von verschiedenen Methoden, um abschließend die Frage zu diskutieren, ob Juel sich tatsächlich des Hochverrats schuldig gemacht hat.

Schaads Interesse an der Schuldfrage überrascht und muss als Ausdruck des revisionistischen Anliegens seiner Studie gelesen werden. Er will explizit eine Alternative zur gängigen Ausformung historischer Studien vorlegen, die den

Fall vermutlich genutzt hätten, um die Strukturen eines absolutistischen Staates zu untersuchen. Schaad ist primär an Povel Juel interessiert. Er will die vielfach untersuchte Hinrichtung Juels neu verhandeln. Das zeitgenössische Quellenmaterial, ältere historiographische Arbeiten, die politische Theorie der Zeit und nicht zuletzt der juristische Prozess werden somit erneut detailliert analysiert, im Sinne einer historiographischen wie juristischen Revision, die vor allem den Rechtsprozess hervorhebt.

Mikrohistorisch ist dieses Anliegen einerseits mit Blick auf den konkreten, reich dokumentierten Fall, andererseits durch den Fokus auf Juel. Es hat Schaad offenbar Spaß gemacht, das Buch zu schreiben. Er will erzählen und zielt damit auf ein gebildetes Publikum, das an Geschichte vor allem in Form populärwissenschaftlicher Arbeiten interessiert ist, freilich ohne Abstriche an der Wissenschaftlichkeit seines Vorgehens vorzunehmen. Das Buch enthält daher theoretische und methodische Diskussionen, Fußnoten und Originalzitate, aus unklaren Gründen freilich weder ein Quellen- noch ein Literaturverzeichnis.

Im Zentrum steht der dänische Amtmann norwegischer Herkunft, Povel Juel. Er war begabt und durchlief eine schnelle Karriere. Diese wurde freilich durch seinen Hochmut, sein ungeschicktes Auftreten und den nicht eben einfachen Charakter mehrfach behindert, wenn auch nicht dauerhaft beendet. Nachdem Juel ein weiteres Mal in Konflikt mit seiner Obrigkeit geraten war, zog er schließlich in die Residenzstadt Kopenhagen, um noch einmal neu anzufangen. Er näherte sich dem Hof, um ein Projekt zur Kolonisierung Grönlands vorzuschlagen. Grönland war im Anschluss an eine erste Besiedlung im Mittelalter seit Jahrhunderten aus den Überlegungen der dänischen Krone ver-

schwunden. Die Zeitgenossen waren sich nicht einmal sicher, ob es noch Nachfahren der ersten Besiedlung gab, die den Anspruch auf Oberhoheit manifestieren konnten.

Juel wollte hier neu ansetzen und bat um königliche Unterstützung, Privilegien und einen (vermutlich von ihm selbst formulierten) Auftrag. Projekte dieser Art waren ein Geschäft auf Gegenseitigkeit. Der Antragsteller suchte – untertänig – um die Gewährung eines Monopols bei der Entwicklung der königlichen Herrschaft nach. Im Idealfall profitierten beide Seiten von diesen Projekten. Allerdings war der dänische König nicht daran interessiert. Daraufhin nahm Juel mit Hilfe des schwedischen Adligen Gustaf Wilhelm Coyet wie des holsteinischen Majors Jonas Hörling Kontakt zum russischen Zaren auf, um diesen für das Projekt zu interessieren. Damit betrat Juel das Feld der internationalen Politik, zumal Coyet und Hörling auch schwedische und holsteinische Interessen und Ansprüche in das Projekt einbrachten. Zwar war auch der Zar nicht interessiert, und es bleibt unklar, ob er überhaupt genauere Einsicht in das Projekt hatte und welche schwedischen und holsteinischen Interessen darin mit eingeflossen waren. Den dänischen Behörden, die von Juels Projekt erfuhren, schien die Angelegenheit allerdings völlig klar zu sein. Schon die Möglichkeit, der Zar könne Ansprüche auf Grönland erheben, aus denen dann gar militärische Angriffe auf Norwegen folgen könnten, wurde als ausreichender Beleg für einen Hochverrat interpretiert. Der folgende Prozess setzte – ganz legal – sowohl die Folter als auch erhebliche Einschränkungen in der Verteidigung Juels vor Gericht ein. Das Urteil war schnell gefällt und noch schneller vollzogen. Schaad schließt aus diesem Verlauf primär auf die Angst des dänischen Königs vor Ansprüchen frem-

der Herrscher, vor möglichen Unruhen in Norwegen und einem Erstarken Russlands im Ostseeraum.

Um die Frage nach der Schuld Juels zu beantworten, beleuchtet Schaad den vermeintlichen Hochverrat von vielen Seiten. Im Prolog wird unter Bezug auf Voltaire ein zentrales Problem des Fürstenstaats diskutiert, nämlich die erbrechtlichen und folglich machtpolitischen Ansprüche auf Territorien und Kronen. Diese Präentionen konnten Jahrhunderte überdauern. Es folgt eine Analyse der Darstellungen von Juels Hinrichtung in dänischen und norwegischen historischen Studien. Hinzu kommen Ausführungen zur Medienlandschaft, zur Geschichte Grönlands, zur Kartographie sowie zur politischen Situation im Ostseeraum in den Jahren nach der Niederlage Karls XII. von Schweden. Der Schwerpunkt liegt nicht zuletzt auf dem Prozess selbst, der in großer Ausführlichkeit mit allen Unterlagen und vielen Zitaten aus den Akten und Rechtsordnungen erörtert wird.

Dies ist elegant strukturiert und formuliert, wobei Schaad sich stets in direkter Nähe Juels aufhält. Dadurch werden freilich Erkenntnisgewinne zu anderen Themen, etwa zur dänischen Gesellschaft dieser Zeit, nicht wirklich ausgenutzt. Dem Autor gelingt dennoch eine überzeugende Revision im Sinne einer quellenkritischen und juristischen Analyse des Falls, die an einer Kritik älterer Arbeiten und des juristischen Prozesses entwickelt wird. Das ist eine anspruchsvolle Form der Revision, die von Seiten der Leser eine gediegene historische Vorbildung voraussetzt, falls diese die Argumente selbst gewichten möchten.

Juels Fall aktualisiert damit auch die Frage, inwieweit vergleichbare »Karrieren«, die in Hochverratsprozessen endeten, durch die Unkenntnis der betreffenden Risiken erklärt werden können. Das

von Juel vorgeschlagene Projekt wurde keineswegs zwischen gleichberechtigten Partnern ausgehandelt. Er setzte sich vielmehr Risiken aus, die er als einfacher Amtmann nicht beherrschen konnte und die ihn letztlich das Leben kosteten. Dennoch hält Schaad Juel für unschuldig im Sinne des Hochverrats. Das überzeugt den Rezensenten freilich nicht. Juel war intelligent und erfahren in den juristischen, höfischen und wirtschaftlichen Logiken seiner Zeit. Er hätte die Gefahr, in die er sich begab, erkennen müssen. Er wusste vermutlich aus der zeitgenössischen Debatte von ähnlichen Fällen. Sie wurden als moralische Handreichungen gerade für Amtmänner wie Juel publiziert. In eben derselben Weise wurde auch Juels Schicksal schon zeitgenössisch als Warnung berichtet, in Zeitungen, Flugblättern und historischen Abhandlungen. Bei seiner Verhaftung versuchte er zudem, ein ihn stark belastendes Dokument zu vernichten. Das Urteil war hart. Es folgte allerdings den rechtlichen Bestimmungen des absolutistischen Dänemarks.

Schaad hätte an dieser und anderen Stellen allgemeine historische Erkenntnisse aus der mikrohistorischen Untersuchung ziehen können, was aus unklaren Gründen zumeist unterbleibt. Es wäre somit zu fragen, inwieweit die Studie wirklich einen mikrohistorischen Ansatz verfolgt, der im Übrigen nicht explizit erklärt wird. Auch die These von der Unschuld eines »unverbesserlichen Aufschneiders« hätte von einer solchen Kontextualisierung gewonnen.

Trotz dieser Kritik scheint das Buch in beinahe jeder Hinsicht empfehlenswert. Die Lust Schaads an der Arbeit mit Juel nach allen Regeln der Kunst überträgt sich auf die Leserschaft. Diese Regeln wendet er zudem sehr überzeugend an, auch wenn er die Nähe zu Juel und seinen Interessen sucht, um die

Geschichte aus der Perspektive eines Opfers des absolutistischen Machtapparats zu revidieren. Dabei ist er auffallend parteiisch für Juel. Das überrascht insofern, als der absolutistische Machtapparat, an dem Juel zugrunde ging, genau das System war, das einen Amtmann wie Juel überhaupt möglich machte. Ein gelungenes Projekt hätte vermutlich zu einer Standeserhöhung und erheblichen Reichtümern geführt.

Heiko Droste (Stockholm)

Gläubige Imperialisten

Richard Hölzl, Gläubige Imperialisten. Katholische Mission in Deutschland und Ostafrika (1830-1960), Frankfurt/New York (Campus) 2021, 654 S., 56 €

In der umfangreichen historisch-kulturwissenschaftlichen Untersuchung des Historikers Richard Hölzl geht es am Beispiel der Missionsbenediktiner aus St. Ottilien um katholische Mission im Gebiet des heutigen Tansania. Im Sinne eines verflechtungsgeschichtlichen Ansatzes werden Kolonie und Metropole als ein gemeinsamer Untersuchungsraum begriffen.

Der Text ist in sieben große Kapitel unterteilt. An einen Überblick über die katholische Mission in der Metropole, der sich auf den Zeitraum zwischen 1880 und 1914 konzentriert, schließt sich ein Abschnitt an, der für die Jahre zwischen 1914 und 1945 Fragen nach Entnationalisierung, Dezentralisierung und Weltkirche stellt. Darauf wechselt der Blick in den Süden Tansanias und greift das Konzept der Kontaktzone auf. Auf Überlegungen zu pastoralem Wissen folgt eine Auseinandersetzung mit Bildung und Konversion im Kontext des Kolonialismus, wie er nach 1920 und vor der

tansanischen Unabhängigkeit 1961 relevant wurde. Weiter stehen Versuche der Afrikanisierung der Kolonialmission im Zentrum, bevor abschließend Organisation, Medialität und Emotionen in Bezug auf missionarische Kommunikation beleuchtet werden.

Entstanden ist die Arbeit über einen längeren Forschungszeitraum, in dem sich kulturwissenschaftlich geprägte Forschungsparadigmen und -fokussierungen stark gewandelt haben. Als Konsequenz dieser Dynamik erfordert deshalb die Lektüre, sich mehrfach auf neue Perspektivierungen einzulassen. Diese methodisch-konzeptuelle Fluidität trägt unter anderem dazu bei, dass unterschiedliche Paradigmen zur Anwendung kommen, die letztlich in die Historiographie eingeschriebene Asymmetrien auf der Ebene der historischen Prozesse weiter betonen, tendenziell sogar überbetonen: Es bleibt der Eindruck, es werde in der kolonialen Metropole Geschichte produziert, die in die Kolonien hineingetragen werde und die dort zum Teil spezifische Ausprägungen erfahre. Die in tansanischen Archiven gesichteten Materialien werden nicht herangezogen, um einschlägige Sichtweisen zu hinterfragen und einen kritischen Blick auf etablierte Geschichtsschreibung zu etablieren. Der Blick wird lediglich erweitert.

Ein Grundanliegen der Darstellung besteht darin, zu zeigen, dass Missionare, Kirchenvertreter und Reisende Informationen eruieren, Situationen beschreiben, irren und oberflächlich kategorisieren. Dennoch verbleibt in der Darstellung die Akteurschaft grundsätzlich bei ihnen, während denjenigen, die dieses Agieren beobachten oder in es eingebunden sind, kaum veränderungsrelevante Handlungsmacht zugestanden wird. Die Reichweite irreführender Kategorisierungen wird bedauerlicherweise nicht explizit problematisiert.

Nicht alles Irren und Verzerren gelangte in den wissenschaftlichen oder breit rezipierten öffentlichen Diskurs. Viele Befunde verblieben lediglich im Archiv. Daneben steht die Geschichte der Ngoni, die einst aus dem südlichen Afrika in die Untersuchungsregion migrierten und teils bis heute mit dem Image versehen sind, besonders kriegerisch zu sein, im Endeffekt unverbunden. Zwar gelten Ngoni-Akteure als Mittler, aber wie deren »Mittlung« historiographische Narrative zu beeinflussen mag, verfolgt Hölzl weniger. Im Folgenden möchte ich die Ausführungen zur Kontaktzone, den Bereich von Wissen und Schule sowie das Themenfeld der Kommunikation näher betrachten, die strukturgebend für die Untersuchung sind.

Die Kontaktzone: Hölzl stellt bezüglich der Entnationalisierung der Katholischen Kirche nach dem Ersten Weltkrieg dar, dass dem Vatikan an einer Indigenisierung der Kirche gelegen war. Vermehrt sollten auch indigene Priester ausgebildet und eingesetzt werden. Schon auf der Ebene der Umsetzung solcher Maßgaben im Rahmen national verankerter Kirchenstrukturen sowie auch in der Mission vor Ort verlor sich diese Anregung jedoch. In den Betätigungsfeldern im südlichen Tansania blieb es für afrikanische Akteure schwer bis unmöglich, formell ins Priesteramt zu gelangen. Hölzl erkennt darin die ausgeprägte Nähe katholischer Akteure zum kolonialpolitischen Engagement der deutschen Metropole. Über Ambiguitäten und Entscheidungsprozesse, die einer Kontaktsituation zwischen Vatikan einerseits und kirchlichen Institutionen, auch den Missions- und Unterstützungsvereinen andererseits, geschuldet waren, erfährt man bedauerlicherweise wenig. Stattdessen verlegt Hölzl die »Kontaktzone« ins südliche Tansania, ohne zu begründen, warum Kulturaustausch

ausschließlich auf afrikanischem und kolonisiertem Territorium stattgefunden haben soll. Letztlich wird durch diese konzeptuelle Setzung eine Trennlinie zwischen »Kolonie« und »Metropole« eingezogen, die einer tatsächlich verflechtungsgeschichtlichen Konzeption des gemeinsam gedachten Raumes entgegensteht.

Auf konzeptioneller Ebene führt Hölzl damit eine Differenzierung weiter, die er in der Einleitung bereits in Bezug auf die Historiographie eingeführt hat. Während er seine eigene Arbeit nämlich als verflechtungsgeschichtlich, kulturwissenschaftlich und postkolonial verortet, gelten ihm sozial-, kultur- und religionsgeschichtliche Arbeiten, die sich empirisch auf Afrika beziehen, als so genannte »Ethnohistorien«. Dass so benannte »Ethnohistoriker« einer solchen Klassifizierung zustimmen würden, kann bezweifelt werden.

Wissen und Schule: In seinen Überlegungen zum Wissen begreift der Autor das zumeist auf Seelsorgekonferenzen produzierte pastorale Wissen als eine missionarische Variante kolonialer Gouvernamentalität. Insbesondere wurden nicht-europäische Sprachen erforscht, aber auch Wissen über Religionen sowie Ehe, Familie, Sexualität und Erziehung zusammengetragen. Solches Wissen zirkulierte öffentlich und im akademischen Diskurs, oft in Formaten wie Wörterbuch, Grammatik oder eben als publizierte Beiträge in einschlägigen Missionszeitschriften. Dort wurde das, was in der Praxis als verflochten und vermischt zu beobachten war, in eine als rein und unverfälscht geltende Kategorien überführt. Niemand sprach, wie Missionare Sprachen beschrieben. Die Schaffung einer angeblich reinen Kunstsprache hatte zudem die Schaffung kirchlicher Texte zum Ziel, die feierlich klingen und sich von einer als

unsauber erachteten Alltagssprache absetzen würden. Befunde zur körperlichen und sexuellen Aufklärung, oft in Initiationsschulen vermittelt, wurden zwar obsessiv zusammengetragen, meist aber lediglich im Archiv abgelegt. Die akribische Befassung mit solchem Wissen wirkt gerade in der rezenten Debatte um Missbrauch in der katholischen Kirche geradezu verstörend. Hier zeigt sich, dass eine detailreiche Rekonstruktion historischer Aktivitäten, wie sie Hölzl vornimmt, Möglichkeiten eröffnet, auch aus anderen Perspektiven als den von den Missionaren oder den von Hölzl primär verfolgten auf das Gewesene zu blicken. Hier lohnt sich die Arbeit des Historikers.

Zurück zur Kolonialsituation: Während es den Missionaren misslang, die Kolonialverwaltung zu einem Verbot bestimmter Praktiken der Wissensvermittlung zu bewegen, erwiesen sie sich jedoch als erfolgreich in Bezug auf die »Verwissenschaftlichung eines »missionarischen Unbehagens« gegenüber den Neuchristen«. Hölzl identifiziert in diesem Prozess eine tiefgründige Ambivalenz, prinzipielle moralische Grundsätze kategorisch einzuhegen, sie aber gleichzeitig auch zu entgrenzen. Seiner Argumentation zufolge finden sich hier erste Schritte hin zu einer interkulturellen Theologie. Bedauerlicherweise fördert Hölzl zur Sichtbarmachung dieses Prozesses allein Stimmen aus der offiziellen Mission und der Theologie zutage. Ob sich die Akteure, die in der hier besprochenen Untersuchung über die »gläubigen Imperialisten« kaum zu Wort kommen, tatsächlich nie geäußert haben? Die von Hölzl gewählte Form der Darstellung jedenfalls betont das Ungleichgewicht der religiösen Akteure ebenso wie die Ungleichgewichtigkeit der historischen Überlieferung und begibt sich nicht auf die Suche solcher Stimmen und Ausfüh-

rungen, die im Prozess der Eroberung marginalisiert wurden.

Auch auf Veränderungen im Schulwesen geht die Untersuchung ein: Vermehrt fanden afrikanische Lehrer eine Anstellung. Nach dem Zweiten Weltkrieg stand neben den in der Schule vermittelten Grundtechniken des Lesens, Schreibens und Rechnens explizit auch eine Charakterbildung im Zentrum. Sie wurde über religiöse Erziehung, aber auch im Rahmen der Vermittlung handwerklicher und landwirtschaftlicher Kenntnisse angestrebt. Für Mädchen und Frauen standen Kinderpflege, die Zubereitung von Nahrung, Hygiene und die Gestaltung des Wohnraumes auf dem schulischen Programm. Statt auf der konzeptuellen Ebene jedoch weiter mit dem Paradigma der Wissensproduktion zu operieren, schwenkt Hölzl auf das Konzept der Übersetzung, um die Positionierung afrikanischer Lehrer und ihrer Netzwerke zu kontextualisieren. Wieder wird ein analytisch getrennt zu denkender Raum eröffnet, um das Handeln »lokaler« Akteure zu verorten. Missionen, so Hölzl, interagierten mit Kolonialmächten. Sie errichteten Schulen. Afrikanische Lehrer hingegen erhielten staatliche Zertifikate und blieben zumindest teilweise missionarisch sozialisiert. Erst im Moment der Unabhängigkeit wandelten sie sich relativ schnell zu einer neuen, berufsspezifisch definierten Elite, die mit entsprechendem politischem Impetus agierte. Ein solches Narrativ hält allerdings die Geschichtsfähigkeit afrikanischer Akteure und Gesellschaften weiter auf Abstand.

Kommunikation: Im Rückgriff auf kulturwissenschaftliche Emotionsforschung geht es in einem weiteren Teil um den Aufbau von Vertrauen zwischen Mission und Unterstützer:innen durch entsprechende Kommunikation. Hier bieten unter anderem Praktiken

der Rechnungslegung sowie der Legitimierung der Spendenverwendung die Grundlage für die Bewertung. Auf Kommunikationspraktiken und Reichweiten bestimmter kommunikativer Grundsätze in den Missionsgebieten wird nicht weiter rekurriert. Die grundsätzliche These dieses Teils lautet, dass in der Kommunikation vom Aspekt der Vertrauensbildung auf die Herbeiführung von Empathie und Mitleid umgeschwenkt wurde. Dieser Teil ist aufschlussreich und gelungen, nutzt Quellenmaterial innovativ und impulsgebend für die Historiographie.

In einer verflechtungsorientierten Historiographie insbesondere Asymmetrien zu thematisieren, bleibt verdienstvoll. Es erweist sich jedoch als problematisch, sie durch eine weitgehende Ausblendung der Akteurschaft der Missionierten selbst herbeizuführen, beziehungsweise dadurch, dass ihre Handlungsmacht auf Aneignungsleistungen reduziert wird. Dies erweckt den Eindruck, dass Menschen auf dem afrikanischen Kontinent und im spezifischen Untersuchungsraum Verflechtungsgeschichte eben doch stärker erlitten, darauf reagierten, aber sie nur selten gestalteten und bestimmten. Gleichzeitig basiert der Text auf einer beachtlichen Kenntnis breit rezipierter Forschungsfelder. Zu diesen verschiedenen, in der Debatte nicht intensiv miteinander kommunizierenden Wissensbereichen einen integrierenden Beitrag zu leisten, bleibt ein wichtiger Impuls.

Kirsten Rütther (Wien)

Die Kommunen vor der Kommune 1870/71

Detlef Hartmann/Christopher Wimmer, *Die Kommunen vor der Kommune 1870/71: Lyon - Le Creusot - Marseille - Paris, Berlin/Hamburg (Assoziation A) 2021, 143 S., 14 €*

Lyon, Limoges, Le Creusot, Marseille, Toulouse, Narbonne – im Gegensatz zu ihrem Pariser Pendant sind die zahlreichen Kommunen und Kommunebewegungen in der französischen Provinz der Jahre 1870/71 heute weitgehend vergessen. In schlaglichtartigen Schilderungen unternehmen Detlef Hartmann und Christopher Wimmer daher den Versuch, diese »Kommunen vor der Kommune« wieder stärker ins öffentliche Bewusstsein zu bringen.

Auf insgesamt knapp 140 Seiten beleuchten die beiden Autoren die vielschichtigen Einflussfaktoren, die in den Jahren 1870/71 eine revolutionäre Kommunebewegung vor allem im Süden Frankreichs und selbst im kolonisierten Algerien hervorbrachten. Neben dem Krieg betonten Wimmer und Hartmann die tief verwurzelten Autonomiebestrebungen in den betroffenen Provinzen sowie die kapitalistische Industrialisierung und damit einhergehende Proletarisierung der Stadt- wie auch der Landbevölkerung, wobei sie insbesondere auf die lange Vorgeschichte ländlicher »Subsistenzrevolten« im Frankreich des 19. Jahrhunderts aufmerksam machen.

Das Werk bietet somit einen Überblick über die Breite der französischen Kommunebewegung und das komplexe Beziehungsgeflecht der an ihnen beteiligten Akteure. Erklärtes Ziel dieser Akzentverschiebung von Paris auf die Provinzen ist nicht nur ein umfassenderes Bild dieser Bewegung, sondern auch ihre erinnerungskulturelle Befreiung

»aus dem Griff der bolschewistischen und realsozialistischen An- und Entgeignung als Generalprobe für den »roten Oktober«, in dem die beiden Autoren die Kommune immer noch wähen.

Diesem Anspruch folgend, fokussieren Hartmann und Wimmer ihre Erzählung auf Orte und Formen alltäglicher proletarischer Selbstorganisation »auf der Straße, [in] den Cafés und Kneipen, eben dort, wo man sich traf.« Denn es gelte »diesen Rückraum von sozialen Geflechten« auszuleuchten, um die vermeintlich spontanen und unkoordinierten Aktionen der Massen aus ihren lebensweltlichen Bedingungen heraus erklären und als wohlüberlegte kollektive Handlungen begreifen zu können.

Die hier vorgetragene Kritik an einem auf »Kaderorganisationen« fokussierten Politikverständnis hat zweifellos ihre Berechtigung, schlägt bei den Autoren jedoch immer wieder in eine wenig analytische Geringschätzung jeglicher Form zentralisierter politischer Organisation um: In ihren Schilderungen sind es stets autonom agierende Gruppen von Arbeiter*innen, welche die Kommune erkämpfen, und politische Funktionäre, die den Erfolg wieder verspielen – mal durch ihr »Zögern und Zaudern« (wie in Toulouse), mal durch einen »überstürzten[n] Aufstand« (wie in Marseille), der gleichwohl von einer »sehr zögerlichen und unentschlossenen Führung« geprägt gewesen sei. Dabei bleiben die Autoren jedoch eine Antwort auf die Frage schuldig, warum denn die autonomen Graswurzelbewegungen überall das Heft des Handelns einer von ihnen angeblich losgelösten politischen Funktionärsklasse überlassen hätten und warum letztere strukturell nicht dazu in der Lage gewesen sei, sich gegenüber der Staatsmacht zu behaupten. Mit ihrem Narrativ vom »Zögern und Zaudern« kommt die Analyse letztlich nicht über die Ebene indi-

vidualistischer Schuldzuschreibungen hinaus.

Demgegenüber werden lebensweltliche Bindungen und dezentrale Organisationsformen geradezu idealisiert. Über die seit 1868 in Frankreich legalen öffentlichen Versammlungen heißt es beispielsweise: »Alle konnten dort das Wort ergreifen, doch buhte das Publikum diejenigen aus, von denen es genug hatte. So konnte keine politische Richtung das Geschehen dominieren. [...] Trat ein bekanntes Gesicht, Mitglied eines Komitees oder einer Organisation ans Pult, galt ihm nicht mehr oder weniger Aufmerksamkeit als den anderen.« Leider erfahren die Leser*innen nicht, wie Hartmann und Wimmer zu dieser bemerkenswerten Einschätzung kommen. »Dies ist kein wissenschaftliches Werk« heißt es in der Einleitung; und mehr als eine kontextualisierte Überblicksdarstellung – wie sie *Die Kommunen vor der Kommune* fraglos bietet – ist auf 140 Seiten wohl auch kaum zu leisten. Dennoch ist der vollständige Verzicht auf Fußnoten bedauerlich, zumal Hartmann und Wimmer von den Schilderungen beteiligter einfacher Kommunard*innen so gut wie keinen Gebrauch machen – trotz des Anspruchs, die Ereignisse »aus ihrer Perspektive« zu schildern. Lediglich die Schriften der (bürgerlichen) Kommunard*innen Prosper Lissagaray und Louise Michel scheinen in größerem Umfang Eingang in das Werk gefunden zu haben. Die eigentlich sehr plastischen Schilderungen Hartmanns und Wimmers büßen somit viel von ihrer Lebendigkeit ein, da zum einen oft unklar bleibt, worauf sie sich stützen und zum anderen die in ihnen auftretenden Arbeiter*innen letztlich doch gesichts- und namenlos bleiben. Dieser Umstand ist zum Teil fraglos durch eine schwierige Quellenlage zu rechtfertigen. Doch gerade die Niederschlagung der Kommunen hat eine

enorme Menge an Gerichtsakten und ähnlichen Dokumenten hervorgebracht (Hartmann und Wimmer selbst berichten von 400.000 schriftlichen Denunziationen von Kommunard*innen allein in Paris), die durchaus im Sinne einer Geschichte von unten gegen den Strich gelesen werden könnten. Dieser Umgang mit Quellen und Sekundärliteratur führt bisweilen zu einer durch bezeichnend unkonkrete Passiv-Konstruktionen geprägten Darstellungsweise, etwa wenn es über die Ausrufung der Republik in Lyon 1870 heißt: »Die Frage, welche Rolle die IAA [Internationale Arbeiterassoziation] bei diesen Vorgängen spielte, ist noch immer umstritten. Es wird berichtet, dass Mitglieder der IAA im Zuge der Rathausbesetzung des 4. Septembers erst aufgefordert werden mussten, sich aktiv an der Revolution zu beteiligen.« Aber unter wem ist die Rolle der IAA umstritten? Von wem wird ihr Zögern berichtet? Von wem wurden die IAA-Mitglieder zum Handeln aufgefordert? All das erfahren die Leser*innen nicht (und auch das angefügte Literaturverzeichnis hilft bei solch konkreten Fragen nicht weiter). An derartigen Textstellen drängt sich der Eindruck auf, dass den Autoren eher an »Angriffe[n] gegen jede Form der Systematisierung und Konsolidierung revolutionärer Bewegungen« gelegen sei als an einer produktiven Analyse von Dynamiken und Potenzialen der Kommunebewegungen von 1870/71, wie Florian Grams in einer Rezension für die Rosa-Luxemburg-Stiftung kritisiert. Ins Positive gewendet deckt sich diese Kritik durchaus mit dem Ziel, die Geschichte der Kommune als eine Geschichte der kollektiven Selbstorganisation von »la rue« zu erzählen, »sie zu unserer Geschichte [zu] machen, zur Geschichte sozialrevolutionärer Kämpfe«, wie Hartmann und Wimmer im Fazit schreiben. Dafür jedoch bleibt *Die Kommunen vor der*

Kommune zu sehr einer oberflächlichen Überblicksdarstellung verhaftet, die dem Handeln und Leiden der Masse der einfachen Kommunard*innen deutlich weniger Aufmerksamkeit schenkt, als es der eigene Anspruch erfordern würde.

Julian Genten (Berlin)

Die Familie unter dem Mikroskop

Bettina Bock von Wülfringen, *Die Familie unter dem Mikroskop. Das Bürgerliche Gesetzbuch und die Eizelle 1870-1900*, Göttingen (Wallstein Verlag) 2021, 398 S., 8 Abb., 40 €

Seit einigen Jahrzehnten lässt sich eine Pluralisierung von Lebensentwürfen und Geschlechterrollen beobachten, die gegenwärtig an Dynamik gewinnt. Dies betrifft insbesondere die Elternschaft, die uns heute in zahlreichen Facetten und zunehmend losgelöst von Geschlecht und Sexualität begegnet. Welche Form sie auch annimmt: Sie stiftet in hohem Maße Identität und strukturiert Beziehungen. Zugleich steht Elternschaft nach wie vor im Zentrum von Biopolitik: Hier treffen Wünsche nach individuellem Glück auf politische Maßnahmen zur Regulierung der Gesellschaft. So trifft die zu besprechende Publikation auf ebenso aktuelle wie kontroverse öffentliche Debatten, in denen oft auf Argumente aus der Biologie zurückgegriffen wird.

Die Historikerin Bettina Bock von Wülfringen nimmt nun die zellbiologische Forschung ausschließlich des 19. Jahrhunderts in den Blick. Deren Befunde und Konzepte werden in Bezug gestellt zur Entwicklung des Bürgerlichen Gesetzbuches zwischen 1870 und 1900. Ziel ist es, »die Verflechtungsgeschichte von Vererbung im Bürgerlichen Gesetzbuch

enorme Menge an Gerichtsakten und ähnlichen Dokumenten hervorgebracht (Hartmann und Wimmer selbst berichten von 400.000 schriftlichen Denunziationen von Kommunard*innen allein in Paris), die durchaus im Sinne einer Geschichte von unten gegen den Strich gelesen werden könnten. Dieser Umgang mit Quellen und Sekundärliteratur führt bisweilen zu einer durch bezeichnend unkonkrete Passiv-Konstruktionen geprägten Darstellungsweise, etwa wenn es über die Ausrufung der Republik in Lyon 1870 heißt: »Die Frage, welche Rolle die IAA [Internationale Arbeiterassoziation] bei diesen Vorgängen spielte, ist noch immer umstritten. Es wird berichtet, dass Mitglieder der IAA im Zuge der Rathausbesetzung des 4. Septembers erst aufgefordert werden mussten, sich aktiv an der Revolution zu beteiligen.« Aber unter wem ist die Rolle der IAA umstritten? Von wem wird ihr Zögern berichtet? Von wem wurden die IAA-Mitglieder zum Handeln aufgefordert? All das erfahren die Leser*innen nicht (und auch das angefügte Literaturverzeichnis hilft bei solch konkreten Fragen nicht weiter). An derartigen Textstellen drängt sich der Eindruck auf, dass den Autoren eher an »Angriffe[n] gegen jede Form der Systematisierung und Konsolidierung revolutionärer Bewegungen« gelegen sei als an einer produktiven Analyse von Dynamiken und Potenzialen der Kommunebewegungen von 1870/71, wie Florian Grams in einer Rezension für die Rosa-Luxemburg-Stiftung kritisiert. Ins Positive gewendet deckt sich diese Kritik durchaus mit dem Ziel, die Geschichte der Kommune als eine Geschichte der kollektiven Selbstorganisation von »la rue« zu erzählen, »sie zu unserer Geschichte [zu] machen, zur Geschichte sozialrevolutionärer Kämpfe«, wie Hartmann und Wimmer im Fazit schreiben. Dafür jedoch bleibt *Die Kommunen vor der*

Kommune zu sehr einer oberflächlichen Überblicksdarstellung verhaftet, die dem Handeln und Leiden der Masse der einfachen Kommunard*innen deutlich weniger Aufmerksamkeit schenkt, als es der eigene Anspruch erfordern würde.

Julian Genten (Berlin)

Die Familie unter dem Mikroskop

Bettina Bock von Wülfigen, *Die Familie unter dem Mikroskop. Das Bürgerliche Gesetzbuch und die Eizelle 1870-1900*, Göttingen (Wallstein Verlag) 2021, 398 S., 8 Abb., 40 €

Seit einigen Jahrzehnten lässt sich eine Pluralisierung von Lebensentwürfen und Geschlechterrollen beobachten, die gegenwärtig an Dynamik gewinnt. Dies betrifft insbesondere die Elternschaft, die uns heute in zahlreichen Facetten und zunehmend losgelöst von Geschlecht und Sexualität begegnet. Welche Form sie auch annimmt: Sie stiftet in hohem Maße Identität und strukturiert Beziehungen. Zugleich steht Elternschaft nach wie vor im Zentrum von Biopolitik: Hier treffen Wünsche nach individuellem Glück auf politische Maßnahmen zur Regulierung der Gesellschaft. So trifft die zu besprechende Publikation auf ebenso aktuelle wie kontroverse öffentliche Debatten, in denen oft auf Argumente aus der Biologie zurückgegriffen wird.

Die Historikerin Bettina Bock von Wülfigen nimmt nun die zellbiologische Forschung ausschließlich des 19. Jahrhunderts in den Blick. Deren Befunde und Konzepte werden in Bezug gestellt zur Entwicklung des Bürgerlichen Gesetzbuches zwischen 1870 und 1900. Ziel ist es, »die Verflechtungsgeschichte von Vererbung im Bürgerlichen Gesetzbuch

und in der biologischen Forschung« nachzuzeichnen. Die Verfasserin erhebt dabei den Anspruch, in einer Verbindung aus begriffsgeschichtlichem Zugang und historischer Diskursanalyse »den Biologiediskurs im Vergleich zum Rechtsdiskurs gleichwertig darzustellen«. Folglich geht es ihr darum, Metaphern und Konzepte aufzudecken, zu interpretieren und miteinander in Beziehung zu setzen. Als zentrale Quellen dienen ihr zum einen Studien einschlägiger Zellbiologen und zum anderen zeitgenössische juristische Entwürfe von Gesetzen und Kommentaren. Durch deren Analyse und Kontextualisierung kann sie aufschlüsseln, welche Geschlechter-, Familien- und Erbschaftskonzepte im biologischen wie im juristischen Diskursfeld verhandelt wurden.

Die Autorin entwickelt ihre Darstellung in vier Teilen. Im ersten Teil geht sie den kulturgeschichtlichen Veränderungen des Begriffs der Erbschaft in Europa nach und stellt heraus, wie Recht auf Vorstellungen von natürlicher Vererbung aufbaut. Nachdem sie Konzepten der Vererbung in politischen, juristischen und philosophischen wie in naturwissenschaftlichen Kontexten von der Frühen Neuzeit bis zum frühen 19. Jahrhundert nachgegangen ist, zeigt von Wülfigen, dass sich sowohl in der Biologie als auch in der Ökonomie, die beide in der Naturökonomie wurzeln, ab Mitte des 19. Jahrhunderts die Aufmerksamkeit von einer Ökonomie materieller Mengen zu einer Ökonomie des mobilen Kapitals verschob: Während zunächst der Fokus auf der Vermehrung von Gleichem gelegen habe, was sich daran zeigte, dass Nachkommen »gemessen, gezählt und als Überschuss an Materie und Energie ihrer Eltern beschrieben« wurden, seien später vielmehr Prozesse der Optimierung maßgeblich geworden und der Fokus sei auf »die (imaginierte) Potenz im Erbmaterial« gerichtet worden.

Die Teile zwei bis vier behandeln die Jahrzehnte von 1870 bis 1910 und fokussieren auf das Deutsche Kaiserreich. Um die dortige Entwicklung zu konturieren, nimmt die Autorin schlaglichtartig auch die Situation in den USA und – weniger systematisch – in anderen europäischen Staaten in den Blick. Sie zeigt im zweiten Teil mit dem Titel *Kinder zeugen*, wie Mitte der 1870er Jahre mit der Beobachtung des Eintretens einer Samenzelle in eine Eizelle deutlich wurde, dass beide Eltern materiell zur Entstehung des Kindes beitragen, jedes Kind also einen »biologischen« Vater habe. Dieser »wurde nun materiell verantwortlich im Zuge der Zeugung, und das sowohl aus Sicht der Naturforschung als auch des Rechts«.

Im dritten Teil, *Einen Haushalt teilen*, stellt die Autorin heraus, dass ausschließlich deutsche Studien zu dem Schluss kamen, es gäbe eine hierarchische Arbeitsteilung zwischen Plasma und Zellkern – während Forscher*innen in den USA das, was sie unter dem Mikroskop sahen, als Kooperation wahrnahmen. Sie pointiert den Befund für den deutschsprachigen Raum: »Der männliche Kern galt als Konstrukteur, organisierende Intelligenz sowie Sachwalter des Kapitals, während der vermeintlich weibliche Teil, das Plasma, als Fürsorgerin und Pflegerin definiert wurde.« Parallel dazu wurde dem Gatten im Bürgerlichen Gesetzbuch die Gewalt über die eheliche Gütergemeinschaft zugesprochen.

In dem mit *Eltern werden* betitelten vierten Teil widmet sich die Autorin der Frage, wie in den Jahrzehnten um 1900 Elternschaft rechtlich konzipiert war. Sie zeigt, wie im Laufe des 19. Jahrhunderts eine große Zahl außerehelich geborener und somit »vaterloser« Kinder und eine damit verbundene wachsende Armut zu der drängenden Frage geführt habe, wie Väter zur Verantwortung gezo-

gen werden konnten. Die Zellforschung unterstrich, dass beide Eltern Gleiches zum Werden des Kindes beitrugen. Die Autorin wirft hier auch einen Blick auf die »personellen und intellektuellen Überschneidungen zwischen den biologischen und rechtlichen Konzeptionen«. Um diese Überschneidungen plausibel zu machen, fokussiert sie auf den Zoologen Oscar Hertwig und den Juristen Otto Gierke, die gleichzeitig Professuren an der Berliner Friedrich-Wilhelms-Universität bekleideten und einander als Universitätspräsidenten ablösten.

Die Verfasserin stellt ihre Studie auf eine breite kultur- und wissenschaftsgeschichtliche Literaturbasis, und es ist ein Vorzug ihrer Arbeit, dass sie immer wieder Brücken zwischen ihren eigenen Befunden und bereits vorhandenen Forschungsergebnissen aus dem Kontext der Wissenschaftsgeschichte schlägt. Dabei sorgt sie durch soziokulturelle, ökonomische und rechtliche Kontextualisierungen der Wissenschaften sowie stete analytische Gegenüberstellungen von naturwissenschaftlichen und juristischen Diskursen für eine Verzahnung der unterschiedlichen Felder. Doch gerade unter diesem Wechselspiel leidet zugleich die Übersichtlichkeit der Studie. Zudem drängt sich der Eindruck auf, dass die Autorin sich insgesamt stärker den biologischen Schriften widmet, die sie stets ausführlich referiert. Insbesondere im Falle kultur- und geschlechtergeschichtlicher Kontextualisierungen bezieht sich die Autorin auf Gewährsleute, deren Werke nicht immer einschlägig oder aktuell sind. So führt sie in einem Abschnitt über die Rolle des Vaters in der Familie die Philosophen Max Horkheimer und Dieter Thomä an. Zur Geschichte der Kindheit verweist sie auf die einst bahnbrechende Studie *L'Enfant et la vie familiale sous l'Ancien Régime* von Philippe Ariès, von der sich aktuelle Arbeiten zur

Historisierung von Kindheit jedoch in der Regel distanzieren. Unerfreulich ist ferner, dass die Publikation an zahlreichen Stellen fehlende oder unzulängliche Belege aufweist.

Der Ertrag der Monografie liegt schwerpunktmäßig auf dem Gebiet der Wissenschaftsgeschichte, während sich für die Geschlechtergeschichte des 19. Jahrhunderts in geringerem Maße Erkenntnisse ergeben. Doch die Lektüre kann helfen, »sich von der Geschichte her an der Gegenwart zu befremden« (Barbara Duden). Denn damit lassen sich aktuelle Kenntnisstände zu und Auffassungen über Zeugung, Elternschaft und Familienmodelle, die als naturgegeben erscheinen mögen, sehr gut historisieren und relativieren.

Annika Wellmann (Hannover)

Der Kapitalismus der Ethnolog:innen

Timo Luks, *Die Ökonomie der Anderen. Der Kapitalismus der Ethnologen – eine transnationale Wissensgeschichte seit 1880* (Studien zur Geschichte und Theorie des Kapitalismus; Bd. 2), Tübingen (Mohr Siebeck) 2019, 264 S., 49 €

Timo Luks' Essay über die Ökonomie der »Anderen« befasst sich mit dem Kapitalismus der Ethnolog:innen, wie er im Rahmen (wirtschafts-)ethnologischer Forschungen zu indigenen Gemeinschaften entwickelt wurde. Ziel des Essays ist es, die ethnografischen Wurzeln der *sharing economy* und anderer Formen alternativer Ökonomie, die gegenwärtig breit diskutiert werden, freizulegen, indem wichtige Schnittstellen des ökonomisch-ethnologischen Diskurses mit den kapitalismustheoretischen und kapitalismuskritischen Debatten seit dem

ausgehenden 19. Jahrhundert analysiert werden. Im Kern, so Timo Luks' Hauptthese, habe die wirtschaftsethnologische Erforschung der Ökonomie der »Anderen« dazu gedient, Möglichkeiten »einer anderen eigenen Ökonomie« zu imaginieren und zu reflektieren.

Nach der Einleitung skizziert Timo Luks wichtige Bezugspunkte des ökonomisch-ethnologischen Diskurses, wobei einerseits zentrale theoretische Referenzen wie Karl Marx, Marcel Mauss oder Karl Polanyi und andererseits disziplinengeschichtliche Entwicklungen erläutert werden. Bis nach dem Ersten Weltkrieg standen wirtschaftsethnologische Untersuchungen insbesondere der britischen Sozialanthropologie vornehmlich im Dienst von Kolonialwirtschaft und Kolonialverwaltung. Erst ab den 1930er Jahren bildete sich die *Economic Anthropology* als spezialisierte Teildisziplin heraus, die indigenen Gemeinschaften ein komplexes und eigenständiges Wirtschaftsleben jenseits unmittelbarer Bedürfnisbefriedigung zuschrieb. Die Wirtschaftsanthropolog:innen fungierten in der Folge häufig als kulturrelativistischer Gegenpol zur mehrheitlich universalistisch argumentierenden, auf Modernisierung, Wachstum und Unternehmertum fokussierten Entwicklungsökonomie der 1950er und 1960er Jahre. In den 1970er und 1980er Jahren wandte sich die wirtschaftsethnologische Forschung dann neueren ökonomischen Konzepten wie der Spieltheorie und *rational choice* sowie Ansätzen der *Evolutionary Ecology* zu, die sie mitunter stark kritisierte und dabei vor allem gegen eine simplifizierende Verallgemeinerung des *Economic Man* anschieb.

Dieser Wandel im ökonomisch-ethnologischen Diskurs während des 20. Jahrhunderts wird in den darauffolgenden vier Kapiteln anhand exemplarischer Themenfelder – der Nicht-/Ökonomie

des Brautpreises, dem Horten und Verschwenden von Schätzen (Stichwort: Potlatch), dem Umgang mit Geld und Waren sowie dem Nicht-/Vorhandensein ökonomisch-rationaler Haltungen – eingehend erläutert (wobei der ubiquitäre Gebrauch von problembehafteten Quellenbegriffen wie »primitiven« Gesellschaften, Ökonomie der »Primitiven« et cetera bisweilen etwas irritiert). In diesen Kapiteln wird die wirtschaftsethnologische Forschung als Beziehungsgeschichte von Ethnologie und Ökonomie erörtert, die sowohl von der Übernahme als auch der Kritik an ökonomischen Theoremen geprägt war.

Einen zentralen Kipppunkt des ökonomisch-ethnologischen Diskurses macht Timo Luks ab den späten 1970er beziehungsweise frühen 1980er Jahren aus, als sich in der wirtschaftsethnologischen Forschung eine selbstreflexiv-kritische Wende vollzog, die primär in vermehrt kapitalismustheoretischen und kapitalismuskritischen Interpretationen zum Ausdruck gelangte. Damit rückten nicht nur Fragen der sozialen Ungleichheit und der Ausbeutung durch westlich-kapitalistische Länder, sondern auch die intellektuelle Anerkennung und Wertschätzung von indigenen Wirtschaftsweisen, Wertmaßstäben und Rationalitäten stärker in den Blick. Gleichzeitig intensivierten sich die spiegelhaften Bezüge, die von der Ökonomie der »Anderen« zur eigenen Ökonomie hergestellt wurden. Diese waren zum einen mit der Hoffnung auf einen besseren Kapitalismus und zum anderen mit der (Wieder-)Entdeckung der Grenzen von Kommodifizierung und Monetarisierung in westlich-kapitalistischen Gesellschaften verbunden.

Insgesamt, so Timo Luks' Fazit, zeige der ökonomisch-ethnologische Diskurs, dass sich eine Problematisierungsgeschichte der Globalität des Kapitalismus eindeutigen, dichotomen Zuschreibungen und vermeintlichen Gegensätzen

(kapitalistisch versus nichtkapitalistisch, Eigenes versus Fremdes et cetera) ebenso entziehen würde wie vereinfachenden Thesen linearer kapitalistischer Expansion oder Totalität. Die Geschichte der Ökonomie der »Anderen« erscheine so als eine kontinuierliche (Neu-)Erfindung unterschiedlicher theoretischer und disziplinärer Traditionen, einer eher ökonomistisch-universalistischen der Ökonomen:innen auf der einen und einer stärker pluralökonomisch-relativistischen der Ethnolog:innen auf der anderen Seite. Beide wissenschaftlichen Traditionen, dies wird ebenso deutlich, waren in ihren Analysen zum indigenen Wirtschaften lange Zeit nicht gefeit vor ethnozentrischen Kurz- und Fehlschlüssen.

Timo Luks' Essay bietet weniger, wie der Untertitel suggeriert, eine »transnationale Wissensgeschichte« der ökonomisch interessierten Ethnologie (die Produktion, Zirkulation und Transformation des ökonomisch-ethnologischen Wissens zwischen verschiedenen Akteur:innen in- und außerhalb der Wissenschaften wird nur in Ansätzen erörtert) als vielmehr eine gut informierte und ebenso gut lesbare Ideen- beziehungsweise Theoriegeschichte wirtschaftsanthropologischen Denkens. Es ist deshalb nur folgerichtig, dass sie in der neuen, von Friedrich Lenger und Kiran Klaus Patel herausgegebenen Reihe für *Studien zur Geschichte und Theorie des Kapitalismus* erschienen ist.

Die Stärke von Timo Luks' *Intellectual History* für die in den letzten Jahren (erneut) boomende jüngere Kapitalismusgeschichte liegt erstens darin, den Einfluss von Wissen aus Disziplinen außerhalb der Ökonomie auf den ökonomischen Diskurs sichtbar zu machen und damit auch die These eines »economic imperialism«, die insbesondere für die Zeit ab den 1970er Jahren formuliert wurde, mit weiteren Schattierungen zu versehen.

Der von Timo Luks beleuchteten Wirtschaftsanthropologie kommt hier über die Analyse von indigenen Gemeinschaften hinaus eine bedeutende Rolle zu. So stammt etwa auch das seit 1970 breit und zunehmend global diskutierte Konzept der informellen Ökonomie, das zunächst anhand von Feldforschungen in urbanen Gebieten Afrikas entwickelt worden war und die entwicklungsökonomische Debatte in Wissenschaft und Politik maßgeblich prägte, vom Sozialanthropologen Keith Hart, der damit insbesondere auf die blinden Flecken der klassischen Entwicklungsökonomie hinweisen wollte.

Zweitens vermag Timo Luks in seinem Essay zu zeigen, wie stark Kapitalismustheorie und Kapitalismuskritik unter dem Rückgriff auf Anregungen und Beobachtungen aus der Ökonomie der »Anderen« und damit mit Blick auf nicht-westliche Gesellschaften vorangetrieben wurden. Diese mitunter vergessene beziehungsweise vernachlässigte Erkenntnis ist für Historiker:innen von Bedeutung, die sich mit der Geschichte der Kapitalismuskritik als einer der wesentlichen Triebfedern des modernen Kapitalismus befassen. Insgesamt regt Timo Luks dazu an, die Ideen- und Theoriegeschichte des Kapitalismus und der Kapitalismuskritik noch stärker als bisher auf wechselseitige Verbindungen und Wissenstransfers zwischen Gesellschaften im globalen Süden und im globalen Norden hin zu befragen, und das dabei entstandene Wissen auch als »entangled knowledges« und als »theories from the global South« zu problematisieren und zu historisieren.

Sibylle Marti (Bern)

Von linksradikal bis deutschnational

Antje Harms, *Von linksradikal bis deutschnational. Jugendbewegung zwischen Kaiserreich und Weimarer Republik*, Frankfurt/New York (Campus Verlag) 2021, 580 S., 49 €

Die Forschungsliteratur zur Geschichte der bürgerlichen Jugendbewegung hat einen beachtlichen Umfang erreicht. Bereits in den 1960er und 1970er Jahren wurden zahlreiche Darstellungen und Quellensammlungen veröffentlicht. Wenngleich sich einige dieser Studien quellenkritisch und mit Methoden der aufkommenden Sozialgeschichte mit der Jugendbewegung auseinandersetzten, war diese erste Phase durch eine problematische Nähe zwischen Forschenden und Forschungsgegenstand geprägt. So versuchten ehemalige Jugendbewegte wie beispielsweise Werner Kindt mit seiner dreibändigen *Dokumentation der Jugendbewegung* die Geschichte ihrer eigenen Jugenderfahrungen ins »richtige« Licht zu rücken. Auch wenn die darauf folgende Generation an Historiker*innen einen weniger erklärenden Blick auf den Forschungsgegenstand warf, wurden nach wie vor problematische Aspekte der Jugendbewegung wie politischer Extremismus oder sexualisierte Gewalt nicht beachtet oder verharmlost. Erst seit einigen Jahren hat es sich vor allem eine jüngere Generation von Historiker*innen zur Aufgabe gemacht, diese Lücken in der Geschichte der Jugendbewegung aufzuarbeiten und mit Methoden aus der neuen Politik-, Kultur- und Alltagsgeschichte neue Forschungsperspektiven zu öffnen. So leistete einerseits Rüdiger Ahrens 2015 mit seinem Buch *Bündische Jugend* einen quellenkritischen Beitrag zur politischen Einordnung der Jugendbewegung zwischen 1918 und 1933. Andererseits zeigte Malte Lorenzen 2016 in seinem Buch *Zwi-*

schen Wandern und Lesen wie die Jugendbewegung jenseits einer klassischen Ideen- oder Organisationsgeschichte untersucht werden kann.

Antje Harms reiht sich mit ihrer Arbeit in diesen Forschungstrend ein, indem sie ihren Fokus auf die radikalen Flügel der Jugendbewegung legt, die sich zwischen 1913 und 1923 auf der linken und rechten Seite der dominierenden *Freideutschen Jugend* herausbildeten. Wobei sie nicht nur die Organisationsstrukturen und Aktivitäten dieser Jugendgruppen beschreibt, sondern auch deren Mitglieder analysiert. Dazu wählt sie einen kollektivbiografischen Ansatz, der quantitative und qualitative Methoden verknüpft, um sowohl Gemeinsamkeiten als auch Besonderheiten in den Lebensläufen der Jugendbewegten herauszuarbeiten. Als Basis der Untersuchung dient ein Sample aus 100 Personen, das neben prominenten Akteur*innen der Jugendbewegung auch weitgehend unbekannte Mitglieder der verschiedenen Jugendgruppen umfasst. Harms versucht damit herauszufinden, wie die Jugendbewegten im wilhelminischen Kaiserreich durch die Familie, Schule, Gesellschaft und Peergroups politisch sozialisiert wurden und ob Mitglieder aus linken und rechten Jugendgruppen auf unterschiedliche Weise auf die Erfahrungen im Ersten Weltkrieg und der Revolutionszeit reagierten.

Im ersten Teil des Buches beschränkt sich die Autorin auf eine organisationsgeschichtliche Darstellung der *Freideutschen Jugend* sowie des linken und rechten Flügels der Jugendbewegung zwischen 1913 und 1923. Detailgenau beschreibt sie die Entstehung und Entwicklung zahlreicher Bünde, Vereine und Zirkel, geht auf verschiedene Zeitschriften ein und analysiert die Vernetzung wichtiger Vordenker*innen. Im Unterschied zur bisherigen Forschung macht Harms

sehr deutlich, dass rassistische und antisemitische Denkmuster nicht erst in der bündischen Phase der Jugendbewegung nach 1923 dominierten, sondern bereits in der Zeit des Kaiserreichs weit verbreitet waren und bis in die vermeintlich unpolitische *Freideutsche Jugend* reichten. Rechte Jugendgruppen wie die *Fahrenden Gesellen*, der *Greifenbund* oder der *Jungdeutsche Bund* pflegten direkte Kontakte und Doppelmitgliedschaften mit nationalistischen und völkischen Organisationen und beteiligten sich nach dem Ersten Weltkrieg an paramilitärischen Aktionen der sogenannten Freikorps. Zugleich weist Harms darauf hin, dass linke Gruppen wie der *Berliner Kreis* vor allem während der Kriegszeit eine größere Rolle in der Jugendbewegung spielten als bisher in der Forschung angenommen wurde. Die Reflexion darüber, was eigentlich als politisch »links« oder »rechts« zu definieren ist, fällt jedoch zu knapp aus. Die Autorin stützt sich dabei weitgehend auf die Selbstbezeichnung der untersuchten Akteure, die in der Regel »links« mit »sozialistisch« und »rechts« mit »völkisch« gleichsetzten. Mit dieser akteurszentrierten Herangehensweise bleibt die Studie zwar nah an den Menschen und deren Denk- und Handlungsweisen. Zugleich geht damit das Potenzial verloren, die Quellen gegen den Strich zu lesen, um die scheinbar widersprüchliche Selbstverortung vieler Jugendbewegter zu hinterfragen. So gab es Akteur*innen, wie beispielsweise Alma de l'Aigles, die sich gleichzeitig in politisch sehr unterschiedlichen Organisationen engagierten. Ein weiteres Beispiel der mehrdeutigen Selbstverortung war der *Deutsche Mädchen-Wanderbund*, der nicht nur durch seine antisemitische Grundhaltung auffiel, sondern ab 1918 auch feministische Forderungen nach Gleichberechtigung und Selbstbestimmung postulierte.

Im zweiten Teil der Studie liegt der Fokus auf dem kollektivbiografischen Ansatz. Anhand des Samples von 100 Personen untersucht Harms, wie die Jugendbewegten ihren Weg in die linken oder rechten Jugendgruppen fanden. Dazu werden einerseits die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen im deutschen Kaiserreich und andererseits die Familienverhältnisse und Schulerfahrungen sowie die Sozialisationsprozesse innerhalb der Jugendbewegung erfasst. Die Autorin stellt fest, dass die untersuchten Akteur*innen zwar häufig von Konflikten in der Familie berichteten, sie aber in der Regel die politischen Überzeugungen der Eltern übernahmen. Die Abgrenzung von der Elterngeneration erfolgte demnach nicht über die politische Einstellung, sondern entlang des abweichenden Habitus. Die Jugendbewegten versuchten sich mit ihren Freizeitaktivitäten, Kleidungsstilen, Ernährungsformen und geteilten Gemeinschaftserlebnissen als eigenständige Individuen mit einer authentischen Identität zu etablieren. Wobei dieser jugendbewegte Habitus je nach politischer Orientierung mit liberalen, völkischen oder sozialistischen Anschauungen verknüpft wurde.

Im letzten Teil der Studie legt die Autorin den Fokus auf die Erfahrungen der untersuchten Akteur*innen in der Kriegs- und Revolutionszeit zwischen 1914 und 1918/19. Neu ist dabei der Ansatz von Harms, sich nicht nur auf die Berichte der Frontsoldaten zu stützen, sondern auch die Erlebnisse jugendbewegter Frauen zu untersuchen, die während der Abwesenheit der männlichen Mitglieder wichtige Funktionen in der Jugendbewegung übernahmen oder sich an antimilitaristischen Aktionen beteiligten. Interessant ist auch die Feststellung, dass sich sowohl Mitglieder aus rechten wie aus linken Jugendgruppen freiwillig zum Militärdienst meldeten. Nach Harms

führte jedoch die unterschiedliche politische Sozialisation dazu, dass die Jugendbewegten ihre Fronterlebnisse sehr unterschiedlich interpretierten: Mitglieder rechter Jugendgruppen verkärten den Krieg häufig als Verwirklichung der in der Jugendbewegung entwickelten Gemeinschafts- und Männlichkeitsideale, während linke Jugendbewegte durch den Krieg ihr Streben nach Freiheit und Selbstbestimmung bedroht sahen.

Mit ihrer Studie leistet Antje Harms einen wichtigen Beitrag zur kritischen Weiterentwicklung der historischen Jugendforschung und schließt eine Forschungslücke. Erstmals werden neben der dominierenden *Freideutschen Jugend* auch zahlreiche weitere Gruppen aus dem linken und rechten Flügel der Jugendbewegung zwischen 1913 und 1923 untersucht. Auch methodisch erweitert die Autorin mit ihrem kollektivbiografischen und geschlechtergeschichtlichen Ansatz das Forschungsfeld. So bietet das Buch einen bisher nicht gekannten Einblick in die Politisierungs- und Sozialisationsprozesse von männlichen und weiblichen Jugendbewegten im deutschen Kaiserreich.

Es ist jedoch bedauerlich, dass Harms die politische Selbstverortung der untersuchten Akteur*innen zwischen links und rechts unkritisch übernimmt, anstatt mit analytischen Modellen zu arbeiten. Hier wäre es die Aufgabe weiterführender Forschung, den politischen Ambivalenzen und Wechselwirkungen zwischen den Flügeln der Jugendbewegung weiter nachzugehen und die Verbindungslinien zu anderen sozialen Bewegungen und Milieus im Bereich der Lebensreform und der extremen Rechten weiterzuverfolgen.

Stefan Rindlisbacher (Potsdam)

Mikropolitik personaler Beziehungen in der Weimarer Republik

Volker Köhler, Genossen, Freunde, Junker. Die Mikropolitik personaler Beziehungen im politischen Handeln der Weimarer Republik, Göttingen (Wallstein) 2018, 366 S., 42 €

Erklärungsansätze für »Unwahrscheinlichkeiten in der Geschichte der Weimarer Republik« aufzuzeigen hat sich Thomas Köhler in seiner Dissertation vorgenommen und dafür das Feld der »Mikropolitik« gewählt – einen analytischen Zugang, der durch die Untersuchung personaler Netzwerke die vielfache Verschränkung des Handelns und Kommunizierens politischer Akteure sichtbar zu machen und dabei Mikro- und Makroebene zu integrieren verspricht. Im vorliegenden Fall interpretiert der Autor Mikropolitik als »Bedeutung personaler Beziehungen bei der Vergabe staatlicher und kommunaler Ressourcen«, die er anhand von drei Fallstudien untersucht: Die Personalrekrutierung der sozialdemokratisch geführten Regierung Sachsens bis zur Reichsexekution 1923, die Amtszeit Konrad Adenauers als Kölner Oberbürgermeister (1917-1933) und die Auseinandersetzungen um die agrarpolitische »Osthilfe« (1928-1933). Methodisch streng und deshalb bisweilen etwas schematisch, stets aber nachvollziehbar und gut lesbar, legt der Autor damit einen gelungenen Beitrag zur Kulturgeschichte des Politischen in der Weimarer Republik vor. Seine Fallbeispiele begeben sich weit hinab auf die Alltagsebene der personalen Netzwerke seiner Akteure und Akteurinnen und schildern deren Bewältigung des tagespolitischen Kleinkleins nebst privater und halbprivater Verbindungen zu Mittlern und Gatekeepern, ihr Streben nach Ressourcen,

Kontakten und Informationen sowie die Rolle der Institutionen, Parteiapparate und politischen Programmatiken, in die sie eingebunden waren.

Als methodisches Fundament dienen Köhler die maßgeblichen Studien zum Forschungsfeld, die er gewinnbringend kombiniert: Neben Bourdieus Typologie sozialen Kapitals sind hier vor allem die organisationssoziologischen und sozialhistorischen Ansätze von Tom Burns und Thomas Welskopp zu nennen, außerdem die stark von Foucaultscher Theorie beeinflussten Arbeiten zur politischen Philosophie von Gilles Deleuzes und Félix Guattari und schließlich Wolfgang Reinhards Forschungen zur Patronage in der Frühen Neuzeit. Köhlers Quellen – Schrifttum aus staatlichen Institutionen, aus Parteien und Verbänden sowie offizielle und private Korrespondenzen, Bittbriefe, Protokolle, Zeitungsartikel, Reden et cetera – spiegeln zwar hauptsächlich die Perspektive der politisch Verantwortlichen, erweisen sich aber gleichwohl als ergiebig.

Auf dieser Grundlage analysiert der Autor nicht nur, wie seine Protagonisten in ihren jeweiligen Feldern agierten, sondern zeigt auch, auf welche diskursiven Strategien ihre Gegenüber zurückgriffen. Das Ergebnis dieser von Köhler konsequent als mehrdimensionales Beziehungsgeflecht aufgefassten Mikropolitik war der Zugriff auf Ressourcen oder deren gegenseitiger Austausch – und damit stets auch die Frage, ob beziehungsweise inwieweit es den untersuchten Akteuren gelang, ihre politische Programmatik sowie die zu deren Durchsetzung angewandten Mittel und Strategien vor ihren Unterstützern, ihren Gegnern und nicht zuletzt vor den jeweiligen Öffentlichkeiten zu legitimieren. Dies gilt insbesondere für jene Fälle, in denen der Kampf um ein politisches Projekt zugleich bedeutete, dass eine politisierte und sich sukzes-

sive radikalisierte Öffentlichkeit die Legitimität des demokratischen Staates insgesamt verhandelte.

Den Sozialdemokraten im »Roten Sachsen« etwa, so argumentiert der Autor überzeugend in seinem ersten Fallbeispiel, gelang es 1923 nicht, ihre Personalpolitik vom Vorwurf des Klientelismus zu befreien: In dem Versuch, eine republikfreundliche Verwaltung zu installieren, um den Aufbau des demokratischen Staates gegen die Angriffe eines ihm feindlich gegenüberstehenden Beamtenapparates zu sichern, griffen sie nahezu vollständig auf eigene Parteigänger und Parteigängerinnen zurück. Dieses Vorgehen jedoch brach mit den tradierten Formen der Personalrekrutierung und beschädigte so die Legitimität des politischen Gesamtentwurfs. Ob deshalb »Mikropolitik und deren Scheitern im Mittelpunkt der Erklärungen für das Scheitern des »roten Sachsens« verortet werden« können, wie Köhler meint, oder ob dafür nicht auch andere Faktoren ausschlaggebend waren, sei hier dahingestellt. Dass sie wesentlichen Anteil daran hatte, steht indes außer Frage.

Die zweite Fallstudie nimmt Konrad Adenauer in seiner Zeit als Kölner Oberbürgermeister in den Blick und stellt damit einen Einzelakteur in den Mittelpunkt. Im Einklang mit der Forschung sieht Köhler das wesentliche Merkmal des Politikstils seines Protagonisten in der konsequenten Instrumentalisierung personaler Beziehungen: Die frühe professionelle wie private Vernetzung ins Milieu der katholischen Oberschicht Kölns legte die Basis für eine Karriere, in der die Parteizugehörigkeit vor allem der Netzworkebildung und -pflege diene. Die persönliche Nähe zu den Größen der Wirtschafts- und Finanzwelt verschaffte Adenauer Zugang zu wichtigen Ressourcen und beförderte seine Ambitionen hin zur Reichspolitik.

Als Vertreter einer geradezu klassischen Hinterzimmerpolitik, als Mittler im Geflecht verschiedener Cliquen und als erfolgreicher Verwalter persönlicher Abhängigkeitsverhältnisse avancierte er so vom einflussreichen Lokalpolitiker zum Aspiranten auf die Reichskanzlerschaft. Das vorläufige Ende dieses Aufstiegs kam mit der nationalsozialistischen Machtübernahme, die Köhler indes nicht als ursächlich für den Karriereeinbruch ansieht. Vielmehr habe Adenauer mit seiner Orientierung ins politische Berlin seine lokale und institutionelle Machtbasis verspielt: Die »Überdehnung« seiner Netzwerke habe dazu geführt, dass ihn die Wählerbasis vor Ort nicht mehr als »Macher« für Kölner Belange wahrnahm, sondern als einen durch Korruptionsvorwürfe angeschlagenen Ehrgeizling. Damit freilich wird auch in diesem Fall die Legitimation der jeweiligen Politik gegenüber anderen Akteuren wie gegenüber der Öffentlichkeit zur entscheidenden Ressource für Erfolg oder Misserfolg.

Das dritte Beispiel, die »Osthilfe«, dreht schließlich die Perspektive um und stellt statt der Akteure den Kampf um eine Ressource in den Mittelpunkt. Im Streit darum, wer von der Subvention der ostelbischen Landwirtschaft profitieren sollte, verhandelten die staatstragende SPD und die republikfeindlichen »Junker« die Legitimität nicht nur der eigenen Politikentwürfe, sondern des republikanisch-demokratischen Systems insgesamt. Während die sozialdemokratischen Vertreter Preußens auf der Grundlage einer Art von Verfassungspatriotismus agierten und als »republikanische Bürokraten« auftraten, operierten die Großagrарier als geübte Honoratiorenpolitiker und forcierten den Schulterchluss mit der autoritären und antirepublikanischen Rechten. Begünstigt durch eine aggressive Agitation wie durch die

sich wandelnden Machtverhältnisse am Ende der Weimarer Republik erwies sich dieses Vorgehen als die erfolgreichere Form der Mikropolitik.

Die Darstellung der Fallstudien, an deren Ende der Autor eine gelungene Typisierung seiner Befunde vornimmt, ist kenntnisreich, ohne sich in Details zu verlieren. Sie zeigt plastisch, dass trotz aller Demokratisierung, Institutionalisierung und Bürokratisierung »mikropolitische Praktiken wichtiger Bestandteil politischer Prozesse« waren und, so darf man wohl hinzufügen, es bis heute geblieben sind. Gleichwohl erscheint der eingangs formulierte Anspruch, neue Deutungen für Unwahrscheinlichkeiten in der Geschichte der Weimarer Republik zu finden – also etwa die »Resilienz der alten und das Scheitern der neuen Eliten« zu erklären –, als nicht ganz eingelöst. Zu stark ist dafür die Konzentration auf den Handlungsrahmen der gewählten Akteure und zu wenig präsent sind etwa weltanschauliche Aspekte. Dies ist allerdings kein ernstes Manko, hat Volker Köhler doch eine Arbeit vorgelegt, die nicht nur ein plastisches Bild mikropolitischen Praktiken in der Weimarer Republik zeichnet, sondern auch auf beispielhafte Weise Fragenkomplexe der Neuen Kulturgeschichte mit einer theoretisch und methodisch stringenten Analyse verbindet.

Sven Fritz (Hamburg)

Bevölkerung, Fertilität und Familienplanung in Kolumbien

Teresa Huhle, Bevölkerung, Fertilität und Familienplanung in Kolumbien. Eine transnationale Wissensgeschichte im Kalten Krieg, Bielefeld (transcript) 2017, 360 S., 39,99 €

Bevölkerungspolitik war im 20. Jahrhundert für einige Jahrzehnte ein wichtiges Handlungsfeld in der internationalen und Entwicklungspolitik. Im Zuge der Ängste vor einer »Bevölkerungsexplosion« in den Ländern des Globalen Südens schien die aktive Intervention zur Drosslung des Bevölkerungswachstums (politischen ebenso wie wissenschaftlichen) Experten dringend geboten. Die Frage, wie diese Intervention aussehen sollte, war dabei gesellschaftlich hoch umstritten, griff sie doch in das private und intime Leben der Menschen direkt ein und war mit zahlreichen (auch konkurrierenden) Wertvorstellungen verknüpft. Die Dynamik des Bevölkerungswachstums wurde im Zuge dieser Debatten zu einem bedeutungsaufgeladenen Marker für den Grad der »Entwicklung« und »Modernisierung« einer Gesellschaft.

Teresa Huhle untersucht »Bevölkerung« als Gegenstand von Wissenschaft und Politik in Kolumbien. Als Zugriff wählt sie eine transnationale Wissensgeschichte (und folgt dabei vor allem Konzepten von Achim Landwehr und Philipp Sarasin). Dabei analysiert sie »die institutionellen und individuellen Produzenten und Produzentinnen des Wissens um Bevölkerung, Fertilität und Familienplanung in Kolumbien sowie deren Forschungspraxis«. Huhle streicht heraus, dass dieses Wissen ein elementarer Bestandteil weitreichender gesellschaftlicher »Debatten zu Familie, Gender, Sexualität, Entwicklung, Gesundheit und

Ernährung« war und somit in zahlreiche gesellschaftliche Bereiche hineinreichte. Sie betont den transnationalen Charakter dieser Debatten und der mit ihnen verbundenen Wissensproduktion auf der wissenschaftlichen und politischen Expertenebene, was in der Praxis vor allem die Auseinandersetzung mit dem US-amerikanischen Einfluss auf Politik und Wissenschaft in Kolumbien meint. Die USA waren über weite Strecken immerhin der global wichtigste Geldgeber bevölkerungspolitischer Programme und Wissensproduktionen. Die transnationale Bevölkerungsforschung stellt für Huhle einen »zentralen Bestandteil des ›globalen Kalten Krieges‹« gerade auch für Lateinamerika dar.

Als fester und gewichtiger Bestandteil entwicklungspolitischer Programme der ersten Entwicklungsdekade verdeutlicht der »Auf- und Abstieg der Bevölkerungsforschung [...] geradezu paradigmatisch die Kurzlebigkeit zahlreicher mit viel Optimismus begonnener und ebenso großer Ernüchterung beendeter Programme«. Huhle beginnt ihre Untersuchung mit den 1950er Jahren, als die Angst vor der »Bevölkerungsexplosion« virulenter wurde, und endet Mitte der 1970er Jahre, als sich die inhaltliche Ausrichtung, institutionelle Verankerung und finanzielle Ausstattung der bevölkerungspolitischen Wissensproduktion und ihrer Programme (in Kolumbien wie auch in den USA) grundlegend änderten. Die erste Entwicklungsdekade steht somit im Zentrum des Interesses.

Im Aufbau der Arbeit spiegelt sich Huhles Orientierung an der Wissensgeschichte überzeugend wider. Nach Kapiteln zu den Akteuren (institutioneller und personeller Art) der Bevölkerungswissenschaften in den USA sowie in Kolumbien folgen ein Kapitel zu den Praktiken der Wissensproduktion zu Fertilität in Kolumbien, die inhaltliche/diskursive Aus-

einandersetzung mit den Inhalten dieser Wissensproduktion in ihrer Relevanz für die »Modernisierung« von Frauen, Männern und Familien in Kolumbien und schließlich die tiefergehende Analyse der bevölkerungspolitischen Wissensproduktion »im lokalen Entwicklungslabor«.

Huhle reflektiert die Heterogenität ihrer Akteure und Akteurinnen aus wissenschaftlicher Perspektive. Neben Ärzten, Sozial- und Naturwissenschaftlern begreift sie auch Interviewerinnen, Interviewte, medizinisches Personal, Priester, Journalisten und Parlamentarier als Wissensproduzenten. Den institutionell verankerten professionellen Wissensproduzenten räumt sie Priorität ein, was Huhle einerseits mit ihrem Einfluss, andererseits mit der archivalischen Überlieferung auch pragmatisch begründet.

Hinsichtlich der Bevölkerungswissenschaften in den USA stellt die Autorin den Zusammenhang zur Einwanderungspolitik heraus. Als institutionelle Akteure treten zunächst die *Rockefeller Foundation*, der *Population Council* und mit etwas zeitlicher Verzögerung die *Ford Foundation* sowie die Cornell University hervor. Innovativ arbeitet sie heraus, dass Lateinamerika im Untersuchungszeitraum einen wichtigen Platz in der US-amerikanischen bevölkerungswissenschaftlichen Theoriebildung (z.B. zur Theorie des demographischen Übergangs) einnahm. Dies hatte auch sicherheitspolitische Gründe.

Für Kolumbien zeichnet Huhle detailliert und quellennah den Aufbau der Zentren der Bevölkerungswissenschaften nach und unterstreicht neben den US-Einflüssen die *agency* kolumbianischer Wissenschaftler. Die bevölkerungswissenschaftlichen Programme seien aber stets nur sehr kurzlebig gewesen.

Als wichtigsten Ansatzpunkt der Interventionen von Familienplanungsprogrammen macht Huhle »die Körper

und das Verhalten von Frauen« aus. Bevölkerungspolitische Interventionen waren somit immer auch geschlechterpolitisch und *gouvernemental* ausgerichtet, ihnen wohnte stets ein Element des *Social Engineering* inne. Mit dem Ziel der »Modernisierung« der Gesellschaft und ihrer Subjekte in ihren Alltagspraktiken, Wertevorstellungen und Geschlechterverhältnissen wurde in Kolumbien ab den 1950er, verstärkt ab den 1960er Jahren auf Verhaltensänderungen der Individuen zur »Selbstregulierung« der Fertilität gesetzt. Sozialwissenschaftliche Methoden reflektierten und prägten diese Ausrichtung.

Eines der wichtigsten Werkzeuge der Wissensproduktion zur Bevölkerung(sentwicklung) und gleichzeitig ein wichtiges Zeugnis über die Vorannahmen der Forschenden waren ab den 1960er Jahren die sozialwissenschaftlichen KAP-Studien, also Forschungen zu »Knowledge, Attitudes and Practices« über menschliche Reproduktion. Durch eine genaue Untersuchung der Praktiken der Interviewerinnen bei KAP-Studien zeigt Huhle die spannungsreiche Verflechtung transnationaler und nationaler Kontexte auf. So übernahmen kolumbianische Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen zwar Methoden und Formate aus den USA, passten die Fragebögen aber der kolumbianischen Gesellschaft an. Die Wissensproduktion vor Ort wurde zudem durch die konkreten Arbeitsbedingungen der Interviewerinnen, die stets unter großem Zeitdruck standen, bestimmt.

Auf der Diskursebene argumentiert Huhle, dass vor allem das Konzept von »Verantwortung« bezüglich der Elternschaft dazu diente, in Kolumbien liberale (entwicklungspolitische, transnationale) und konservative (katholische) Akteure in ihren Zielen zu verbinden. Verantwortung, Vernunft, Kontrolle und Kin-

deswohl waren wichtige Schlagworte in den Befragungen und der öffentlichen Auseinandersetzung mit der Bevölkerungsentwicklung. Vor allem männliche Verhaltensweisen seien als problematisch (weil potenziell unverantwortlich) wahrgenommen worden. Stabile Familienverhältnisse galten den Forschern und Forscherinnen als wichtig für eine Begrenzung der Zahl der Kinder, so dass die »Kleinfamilie« als Ziel und Zeichen der Modernität ausgegeben wurde.

Im letzten inhaltlichen Kapitel werden institutionell-akteurszentrierte, diskursive und praxeologische Ansätze zusammengezogen und lokale Kontexte der Wissensproduktion analysiert. Lokal begrenzte »Entwicklungslabore« erscheinen hier – im Einklang mit anderen Forschungen zur Geschichte der Entwicklungspolitik – als relevante Orte der Wissensproduktion mit spezifischen Praktiken und Akteurskonstellationen, an denen das Konzept des »community development« entwickelt wurde. Nicht ohne Grund firmiert in diesem Kapitel auch die Weltbank neben US-Stiftungen und -Universitäten als immer relevantere Akteurin.

Huhle arbeitet die wichtige Rolle der Ärzteschaft für die Bevölkerungsdiskurse in Kolumbien, den Nexus zwischen Entwicklung und Gesundheit seit den 1950er Jahren und den Fokus auf die *comunidad* in den medizinischen und staatlichen gesundheitspolitischen Diskursen heraus.

Durch seine konsequente wissenshistorische Perspektive kann das Buch grundsätzlich konkrete Auseinandersetzungen über Ziele, Konzepte und Handlungsprogramme der Bevölkerungspolitik nachzeichnen, auch, weil die Wechselwirkungen von medizinischer und sozialwissenschaftlicher Wissensproduktion mit politischen Ideen und entwicklungspolitischen Programmen analysiert werden, was unter anderem durch die Vielzahl der berücksichtigten Akteure gelingt. Huhle

verweist auf die Macht, die aus dem »framing« eines »Problems« resultiert – und zeigt deshalb auch blinde Flecken im Bevölkerungsdiskurs auf (wie die Ignoranz gegenüber der Situation von Fabrikarbeitern und -arbeiterinnen im Hinblick auf die Mutter-Kind-Gesundheit, Familienstruktur et cetera).

Huhle will letztlich zu einer umfassenderen Beschreibung der kolumbianischen Gesellschaft während des Kalten Kriegs gelangen. Sie argumentiert, dass Bevölkerungsdiskurse eben nicht nur auf Soziologie, Demografie oder Medizin abzielten, sondern auch auf die Schaffung einer modernen Nation mit eigenverantwortlichen Bürgern und Bürgerinnen, die durch ihr Sexual- und Reproduktionsverhalten die Entwicklung ihres Landes vorantrieben. Die Argumentation der Autorin ist auch deshalb überzeugend, weil sie einerseits quellennah und detailliert vorgeht, andererseits ihre Ergebnisse konsequent in die wissenshistorische Fragestellung und die Forschungsliteratur eingliedert. Wünschenswert für weitere Forschungen wäre, die Rolle von UN-Organisationen (wie der Weltgesundheitsorganisation) noch stärker mit einzubeziehen.

Claudia Prinz (Berlin)

Die DDR und Angela Davis

Sophie Lorenz, »Schwarze Schwester Angela« – Die DDR und Angela Davis. Kalter Krieg, Rassismus und Black Power 1965–1975, Bielefeld (transcript) 2020, 304 S., 49 €

Die afroamerikanische Bürgerrechtlerin Angela Davis ist bis heute fest im kollektiven Gedächtnis ostdeutscher Jahrgänge vor 1965 verankert. Ende der 1960er Jahre geriet die junge afroamerikanische Professorin, die Mitglied der Kommunisti-

schen Partei der USA war und der Black Power-Bewegung nahestand, ins Zentrum internationaler Aufmerksamkeit. Sie setzte sich für eine Gruppe afroamerikanischer Gefängnisinsassen ein, der sogenannten Soledad Brothers. Während des Gerichtsprozesses kam es zu einem Befreiungsversuch mit mehreren Toten. Da einige der Tatwaffen auf Davis registriert waren, geriet sie selbst ins Visier der Justiz. Nach ihrer Inhaftierung initiierten UnterstützerInnen von Davis eine Solidaritätskampagne, die bald internationale Dimensionen entfaltete. In der DDR orchestrierte die SED unzählige Aktionen zugunsten von Davis: Fast jedes Schulkind versandte eine Postkarte in die USA zur Unterstützung der Bürgerrechtlerin, ArbeiterInnen sammelten Hunderttausende von Unterschriften und Orchester gaben Solidaritätskonzerte. Nach dem 1972 erfolgten Freispruch reiste die mittlerweile berühmte Aktivistin durch verschiedene sozialistische Länder, darunter in die DDR, um der Bevölkerung für deren Solidarität während ihrer Inhaftierung zu danken. In den kommenden Jahren kehrte sie zu verschiedenen Anlässen dorthin zurück und pflegt bis heute ihre Verbindungen nach Deutschland.

Das enorme Ausmaß der Kampagne und Davis' Verbundenheit mit der DDR sind mehr als gute Gründe, das Thema genauer zu untersuchen. Wie Sophie Lorenz in ihrer Einleitung ausführt, analysiert sie die Beziehungen zwischen der amerikanischen Bürgerrechtlerin und der DDR aus zwei Perspektiven: Zum einen steht die Person Angela Davis im Vordergrund, zum anderen untersucht Lorenz die DDR-Solidaritätskampagne. Diese doppelte Perspektive begründet Lorenz nachvollziehbar: Die afroamerikanische Aktivistin gelte bis heute als »revolutionäre Symbolfigur der anti-autoritären Jugendproteste«, sie habe für das zerrüttete amerikanische Jus-

tizsystem und für die militante Black Power-Szene gestanden. Der Kern ihres Engagements sei aber – entgegen der bis heute verbreiteten Wahrnehmung als Black Power-Ikone – Davis' »Bekenntnis zum Kommunismus« gewesen, wie Lorenz in ihrer Studie plausibel nachweist. Davis' politische Überzeugungen glichen jedoch nicht in allen Punkten der SED-Sichtweise, sondern bezogen sich auch auf in der DDR verschriene Ansätze der Neuen Linken. Dies macht sowohl Davis' Verbundenheit mit der DDR als auch die Solidaritätskampagne des SED-Regimes erklärungsbedürftig. Lorenz möchte dieses Paradox auflösen, indem sie zunächst Davis' »politisch-ideologischen Identitätsentwurf« ergründet, der den Schlüssel für ihre Verbundenheit mit der DDR darstellte. In einem zweiten Schritt erforscht sie Bedeutungszusammenhänge, Vorstellungswelten und kollektive Sinngebungen der Solidaritätskampagne und ordnet diese in die Solidaritätspolitik des ostdeutschen Staates ein. In den vier Hauptkapiteln – zwei davon sind primär den USA und Davis, zwei der DDR gewidmet – gelingt es Lorenz, den transnationalen Anspruch ihrer Arbeit gewinnbringend umzusetzen.

Im ersten Kapitel erläutert Lorenz die Bedeutung der Solidaritätspolitik für die DDR. Diese war wichtiger Teil des Selbstlegitimierungsdiskurses des SED-Regimes während des Kalten Krieges, diente nach innen sowie nach außen zur Darstellung der Überlegenheit des sozialistischen Systems und war fester Bestandteil der Herrschaftssicherung. Die schwarz-rote Verbundenheit war Teil dieser Solidaritätspolitik und baute auf bereits bestehende afroamerikanisch-sowjetische Beziehungen der 1920er und 1930er Jahre auf. Durch die afrikanischen Befreiungsbewegungen und den Aufschwung der Bürgerrechtsbewegung in den USA gewann das The-

ma in der sozialistischen Welt in den 1960er Jahren verstärkt an Relevanz. Die SED maß der Solidarität mit dem »anderen Amerika« vor dem Hintergrund der deutsch-deutschen Konkurrenzsituation und der nationalsozialistischen Vergangenheit besondere Bedeutung zu. Lorenz rekonstruiert in diesem Kapitel überzeugend, wie die DDR eine imaginierte Zusammengehörigkeit mit der afroamerikanischen Bevölkerung postulierte und die Nähe zu afroamerikanischen AktivistInnen suchte. Die antirassistische Solidaritätspolitik entwickelte sich so zu einem wichtigen Bestandteil des Selbstverständnisses der DDR und sollte nach dem Willen der SED gerade für die Bindung der Jugend an den Sozialismus eine große Rolle spielen. Lorenz verknüpft in diesem Kapitel bestehende Forschungsergebnisse zur sozialistischen Solidaritätspolitik mit Erkenntnissen zu den frühen Verbindungen der sozialistischen Welt zu afroamerikanischen BürgerrechtlerInnen und schafft damit eine wichtige Grundlage für die spätere Einordnung der Davis-Kampagne in die Solidaritätspolitik der DDR.

Im zweiten Kapitel beleuchtet Lorenz die US-amerikanische Seite des schwarz-roten Bündnisses. Sie geht erneut auf die frühen Kontakte afroamerikanischer AktivistInnen ins sowjetische Ausland ein, fragt in diesem Kapitel aber nach der Bedeutung dieser Beziehungen für den afroamerikanischen Bürgerrechtsaktivismus. Lorenz arbeitet heraus, wie afroamerikanische AktivistInnen in den 1960er und 1970er Jahren an »alte kommunistisch-afroamerikanische Verbundenheitsvorstellungen und Beziehungen und der Idee eines internationalen rot-schwarzen antirassistischen Bündnisses« anknüpften. Sie bestärkt damit die in der neueren Forschung vertretene These, dass die Wurzeln der Black Power-Bewegung und des linken Bürgerrechtsaktivismus

der 1970er Jahre im Bürgerrechtskampf der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts liegen und diese somit nicht als ein neues Phänomen oder völliger Bruch mit der etablierten Bürgerrechtsbewegung zu bewerten sind. Da Lorenz die schwarz-roten Beziehungen in zwei getrennten Kapiteln behandelt, treten gewisse erzählerische Redundanzen auf. Nichtsdestotrotz gelingt es Lorenz, die afroamerikanische und die sozialistische Perspektive geschickt miteinander zu verbinden und damit eine fundierte Basis für den Kern ihrer Arbeit zu liefern.

Von diesem historischen Hintergrund ausgehend widmet sich Lorenz im folgenden Kapitel Davis' biographischer Erfahrung. Sie stützt sich dabei hauptsächlich auf Davis' Autobiografie und zeigt, wie sich die Hinwendung der afroamerikanischen Aktivistin zum Kommunismus vollzog und sich ihr Bündnisinteresse mit der sozialistischen Welt entwickelte. Schade – aber natürlich nicht der Autorin anzulasten – ist, dass der Vorlass der Bürgerrechtlerin zur Zeit von Lorenz' Recherchen noch nicht zur Verfügung stand und Angela Davis nicht zu einem Zeitzeugeninterview bereit war. So muss die Frage, wie Davis zu den ihr wohl bekannten Menschenrechtsverletzungen in den sozialistischen Ländern stand und warum sie zumindest nie öffentlich Kritik an diesen übte, auch weiterhin unbeantwortet bleiben.

Das Kernstück von Lorenz' Arbeit folgt im vierten Kapitel. Sie konstruiert Stück für Stück den Verlauf der Kampagne – von den ersten Meldungen über Davis' Inhaftierung im Herbst 1970 bis hin zum Besuch der DDR nach ihrer Freilassung 1972 und den Feierlichkeiten zu den Weltjugendfestspielen 1973 in Ostberlin führt die Autorin die LeserInnen durch die Phase der intensivsten Beziehungen zwischen Davis und der DDR. Lorenz nutzt dafür eine Vielzahl

hauptsächlich staatlicher Quellen, unter anderen SED-interne Papiere, MfS-Berichte über die Veranstaltungen während ihres Besuches, die tägliche Pressebeurichterstattung sowie Filmausschnitte. Besondere Aufmerksamkeit widmet sie dabei der antirassistischen Solidaritätsrhetorik: Davis wurde in bereits bekannte Erzählmuster der sozialistischen Solidaritätsdiskurse eingebunden; es fanden aber auch Elemente aus der afroamerikanischen Kampagne Eingang in die SED-gesteuerte Erzählung. Letztere zeugen nach Lorenz davon, dass die DDR sich als Verbündete einer »antirassistischen Bewegung« darstellen wollte. Gleichzeitig sind in der Beschreibung Davis' aber auch rassistische Begriffe und ein »exotisiertes und teilweise erotisiertes Bild« nachweisbar. Eine vertiefte Analyse dieses Befundes und eine stärkere Rückbindung an die Debatten zu Rassismus in der DDR hätten hier gewinnbringend sein können.

Während der Davis-Kampagne vollzog sich der Machtwechsel von Walter Ulbricht auf Erich Honecker (Mai 1971), der zunächst Hoffnungen auf eine kulturelle Lockerung schürte. Wie Lorenz zeigt, passte die Kampagne für Davis sehr gut in das von Honecker angestrebte Bild eines modernen sozialistischen Staates. Die Kampagne wurde nach Willen der SED besonders auf die Jugend ausgerichtet, wie die Postkartenaktion der Jugendzeitschrift der FDJ *Junge Welt* anlässlich von Davis' 27. Geburtstag im Januar 1971 verdeutlicht. Davis hob sich mit ihrem »revolutionäre[m] Glamour und radikale[m] Chic westlicher Prägung« von dem bis dahin als vorbildhaft präsentierten Arbeiterinnenhabitus ab.

Lorenz geht davon aus, dass sich die vom Staat orchestrierte Kampagne im gewissen Maß verselbstständigte und eine echte Begeisterung unter den Jugendlichen hervorrief, wie zum Beispiel am Empfang von Davis in der DDR 1972

zu erkennen ist – die Menschenmengen übertrafen die Erwartungen der Staatsführung bei Weitem. Dieser interessante Befund wird nur kurz angerissen und nicht mit den in der DDR-Forschung geführten Debatten zum komplexen Verhalten der Bevölkerung gegenüber der staatlichen Politik, wie zum Beispiel eigensinnigem Verhalten, verknüpft. Lorenz begründet den Verzicht auf die Untersuchung der individuellen Ebene mit ihrem Forschungsfokus auf die staatlich intendierten kollektiven Aneignungsprozesse. Diese Entscheidung ist bedauerlich, denn so erfährt der/die LeserIn nur wenig darüber, wie die Solidaritätskampagne jenseits der offiziellen Politik auf die Bevölkerung der DDR wirkte und welche Spuren sie dort hinterließ. Kritische Stimmen zur Kampagne oder auch eine jenseits des staatlichen Diskurses zu verzeichnende Umdeutung von Davis' Aktivismus in verschiedenen Teilen der Gesellschaft werden nicht thematisiert. Die Autorin konzentriert sich mit ihrer Quellenauswahl und den gestellten Forschungsfragen vielmehr auf den Staatsapparat. Sie weist überzeugend nach, dass die afroamerikanische Aktivistin der SED die Möglichkeit für eine »moderne, popkulturell anmutende Inszenierung von Solidarität« bot. Davis wurde zum »jugendlichen Pop-Idol in der alternden und zudem fast ausschließlich männlichen Helden-Ikonografie der DDR« und vermochte dadurch die DDR-Jugend zu begeistern.

Mit ihrer Arbeit legt Lorenz eine gelungene Aufarbeitung der staatlichen Seite der Solidaritätskampagne für Davis in der DDR vor und schließt damit eine Forschungslücke. Die Studie besticht zudem mit ihrer transnationalen Perspektive: Lorenz verortet Davis' DDR-Engagement in ihrer Biografie und im US-amerikanischen Kontext ihrer Zeit und bettet dieses Beziehungsgeflecht durch

den Rückgriff auf die vorhergehenden schwarz-roten Kontakte auf beiden Seiten historisch ein. Überzeugend legt Sophie Lorenz dar, dass ein imaginiertes Gemeinschaftsgefühl auf beiden Seiten entstand, das ein wichtiger Bestandteil der DDR-Solidaritätspolitik sowie des linken afroamerikanischen Protestes der 1960er und 1970er Jahre war. Somit ist diese gut lesbare Studie für HistorikerInnen der DDR- und US-amerikanischen Geschichte – und natürlich für alle an der Person Angela Davis Interessierte – gleichermaßen zu empfehlen.

Maria Schubert (Bochum)

Inoffizielle Musikszenen und staatliche Kulturpolitik in der späten Sowjetunion

Christian Werkmeister, *Jugendkultur im »punkigsten Land der Welt«*. Inoffizielle Musikszenen und staatliche Kulturpolitik in der späten Sowjetunion, 1975-1991 (Forschungen zur osteuropäischen Geschichte; Bd. 88), Wiesbaden (Harrassowitz) 2020, 332 S., 30 Abb., 4 Tabellen, 48 €

Werkmeisters Titel ist hervorragend gewählt. Ob der zitierte Zeitzeuge mit seinem Urteil, die UdSSR sei das »punkigste Land« richtig lag, ist für die Arbeit weniger von Belang als der implizite Hinweis darauf, dass die spätsowjetischen Strukturen und Handlungsräume die Entwicklung von überraschend großen Jugendkulturen ermöglichten. Der Autor zeigt, wie komplex und mitunter widersprüchlich inoffizielle Musikszenen mit dem offiziellen Kulturapparat der späten Sowjetunion verschränkt waren. Im Zentrum stehen dabei die beiden vornehmlich durch Musik motivierten Punk- und Heavy-Metal-Szenen. Diese konnten sich durch Kompromisse mit den Inhabern

des Kulturmonopols arrangieren und bestehende Einrichtungen im eigenen Sinne umdeuten. Auftritte der entsprechenden Musikgruppen erfolgten häufig in rechtlichen Graubereichen. Der Platz der diversen alternativen Szenen im spätsozialistischen Alltag lässt sich daher laut Werkmeister auch nicht in Hinblick auf die starre Differenz von Legal und Illegal erfassen, sondern eher auf die dynamischere von Offiziell und Inoffiziell – eine Unterscheidung, die unter engen, aber sich wandelnden Rahmenbedingungen immer wieder neu verhandelt werden musste. Diese kleinteiligen, lokal unterschiedlichen und vielschichtigen Austauschprozesse zwischen den Kulturverantwortlichen (*Kulturniks*) und den beiden Musikszenen untersucht Christian Werkmeister anhand der Entwicklungen in Vilnius und Moskau.

Die Arbeit schließt vor allem an gesellschafts- und politikgeschichtliche Studien zur Sowjetunion an, während Verweise auf neue pophistorische Ansätze sporadisch bleiben. Die Untersuchung folgt daher politischen Zäsuren, die Werkmeister vor allem im Wechsel der sowjetischen Partei- und Staatsoberhäupter sieht. Er beginnt in der Brežnev-Zeit und damit in einer Epoche, in der die herrschende Partei sich immer weniger bemühte, die eigenen Kulturvorstellungen in der Bevölkerung zu verankern, und die Entstehung inoffizieller Musikszenen zunehmend hinnahm. Unter Andropov und Černenko sei zwischen 1982 und 1985 dann eine Re-Ideologisierung des Kulturellen erfolgt. *Kulturniks* kündigten alte Kompromisse mit Jugendlichen auf und fügten den inoffiziellen Musikszenen schwere Schäden zu. Eine Durchherrschaft dieser Szenen gelang jedoch nicht, denn die Geister, die unter Brežnev in die Freiheit entlassen worden waren, konnten auch die beiden auf ihn folgenden Geronten nicht vollends

zurück in die Flasche zwingen. Ab 1985 habe der relativ junge Gorbachëv dann wieder eine Politik der »beschränkten Toleranz« gegenüber der inoffiziellen Kultur geübt. Deren Akteure und Akteurinnen waren durch den Rückfall in den drei Jahren zuvor allerdings zunehmend politisiert worden und ließen sich nicht mehr für staatliche Kulturpolitik begeistern. Gleichzeitig bestimmten zunehmend private Profitinteressen die Musikszenen, wodurch der staatlichen Jugendorganisation *Komsomol* die ideologische und wirtschaftliche Kontrolle der Konzertlandschaft immer weiter entglitt. Endgültig ins Tanzen kamen die Verhältnisse 1987 als Gorbachëv die Regulierung des Freizeitbereichs komplett aufgab. Die Zeit bis in die frühen 1990er Jahre erzählt Werkmeister abschließend als eine, in der die Kommerzialisierung der Musik zugenommen und schließlich die auf Netzwerken und staatlichen Strukturen beruhenden alten Musikszenen zersetzt und in globale Konsummärkte eingebunden habe.

Werkmeisters zentrales Argument ist, dass es eine Spannung innerhalb der Selbsterzählung des Spätsozialismus gegeben habe: Einerseits war für die Jugend in der Staatsideologie stets die Rolle des »Erbauers des Kommunismus« vorgesehen, weswegen sie einer besonderen Förderung bedurfte. Andererseits galt die Jugend als (potenzielles) Opfer westlicher Propaganda, die durch die Partei entsprechend geschützt und geleitet werden musste. Jugendliche hätten, so Werkmeister, weil ideologisch beides wahr sein musste, nur schwer als eigenständige Akteure und Akteurinnen anerkannt werden können. In den Fällen in denen staatliche Stellen dennoch dazu bereit gewesen seien, zeige sich wie anpassungsfähig sowohl Kulturapparat als auch inoffizielle Szenen sein konnten. Dort, wo das nicht gelang, sei es hin-

gegen zu klaren Brüchen zwischen der Partei und Jugendszenen gekommen. Anhand dieser beiden Pole erzählt Werkmeister die Geschichte der untersuchten Musikszenen. Seine Studie stellt außerdem eindringlich dar, wie wichtig lokale Gegebenheiten für die konkreten Entwicklungen vor Ort waren. So haderten etwa die durch verschiedene Kurswechsel verunsicherten Kulturbürokraten außerhalb Moskaus mit der Umsetzung der von Gorbachëv eingeleiteten Liberalisierung. In Litauen wiederum verbanden sich Rock-Szenen mit der Unabhängigkeitsbewegung, weswegen es den Verantwortlichen beim Rundfunk opportunistisch erschien, 1987 als Konkurrenz zu einer großen Protestdemonstration ein AC/DC-Konzert im Fernsehen zu senden.

Die Arbeit gliedert sich in fünf große Kapitel, die der Reihenfolge der vier Generalsekretäre entsprechen, wobei der Regierungszeit Gorbachëvs zwei Kapitel gewidmet sind. In jedem dieser größeren Kapitel untersucht Werkmeister Teilaspekte des jeweiligen Zeitraums, wie die Tätigkeit des *Komsomol*, die Bereiche und Mittel der staatlichen Kontrolle des Musiksektors und die Berichterstattung der unterschiedlich stark gelenkten Medien. Die Bestände der staatlichen Archive bilden das empirische Rückgrat der Arbeit, wodurch die untersuchten Phänomene vor allem von oben bzw. von außen betrachtet werden. Minutiös hat Werkmeister vor allem in Litauen gesammeltes Material von *Komsomol* und KGB aufgearbeitet, während ihm der Zugang zu den russischen Archiven nur eingeschränkt möglich war. Der Erkenntniswert der vielen Zitate aus den von Resolutionsprosa dominierten Reden der Staatsführung und anderen staatsparteilichen Veröffentlichungen ist zwar eher gering, doch hat sich Werkmeister löblicherweise auch durch diese trockene Textgattung gearbeitet. Weil sowohl

diese Texte als auch die geheimdienstlichen Überlieferungen von sprachlichen Tropen, marxistisch-leninistischen Plattitüden und vielen Wiederholungen geprägt sind, ist außerdem ihre stets ansprechende sprachliche Darstellung durch Werkmeister zu würdigen. Gleiches gilt für das punktuelle, griffige und überzeugende Hinzuziehen der sowjetischen Jugendwissenschaften.

Insgesamt liegt der Fokus der Untersuchung stärker auf der staatlichen Kulturpolitik und ihren Umgang mit inoffiziellen Musikszenen als auf diesen Szenen selbst. Die *agency* von deren Akteuren und Akteurinnen sowie subkulturelle Praktiken kommen eher am Rande vor. Dadurch, dass die Musikszenen meist aus Sicht der staatlichen Organe betrachtet werden, bleiben russische Punks und litauische Heavy-Metal-Fans ziemlich konturlos. Abhilfe hätte hier eine stärkere Einbindung der sieben vom Autor geführten Zeitzeugeninterviews leisten können, doch wird aus diesen nur sehr sparsam zitiert.

Kritische Anmerkungen erscheinen auch unter drei weiteren Aspekten angebracht. Erstens kommt die Genderdimension der szenetypischen Praktiken und des staatlichen Umgangs mit ihnen zu kurz. Das ist insofern ärgerlich, als dass Phänomene der Jugendkultur, darunter auch Heavy Metal und die Gewichte stemmenden prosowjetischen *Lyubery* Gender-Verhältnisse verändern oder stabilisieren konnten. Darüber hätte der Rezensent gerne mehr erfahren. Zweitens argumentiert Werkmeister mit sich abwechselnden Liberalisierungs- und Ideologisierungstendenzen, was sich nicht zuletzt in der von ihm verwendeten sprachlichen Figur der entweder wachsenden oder schrumpfenden »Freiräume« niederschlägt. Doch selbst wenn es Räume gab, in denen Individuen und Gruppierungen sich eigenmotiviert aus-

drücken konnten, so blieben die Akteure und Akteurinnen und ebenso ihre Motive von den spezifischen Bedingungen der Sowjetunion abhängig. In diesem Zusammenhang wäre es überzeugender gewesen, entschlossen mit dem Kulturanthropologen Alexei Yurchak – auf den sich Werkmeister durchaus beruft – von hybriden Räumen zu sprechen, die weder wirklich frei noch rein sowjetisch und unfrei waren, sondern die durch die Paradoxie der Kommunikation und Lebenswelt in der späten Sowjetunion scheinbar Dichotomien überwandten. Drittens fehlt der Blick über die UdSSR hinaus fast komplett. Nicht zuletzt die Einbeziehung pophistorischer Ansätze hätte die Möglichkeit eröffnet, Unterschiede und Konvergenzen zwischen den Szenen in Ost und West zu offenbaren und obendrein potenziell die orthodoxe Periodisierung der Studie aufzuweichen.

Die Kritik betrifft aber nur die genannten Teilaspekte der insgesamt überzeugenden Arbeit. Werkmeister liefert eine quellengesättigte und sehr gut lesbare Darstellung zu einem zeithistorisch weiterhin nur selten beachteten Themenkomplex mit vielen neuen Einzelerkenntnissen, die zu überzeugenden und klar argumentierten Deutungen zusammengezurrt wurden. Sein Buch sollte deswegen ein breites an der Schnittstelle von Kultur- und Politikgeschichte interessiertes Publikum finden.

Nikolai Okunew (Potsdam)